



1.3. Bearbeitung von Stadtratsanträgen.....	31
1.4. Kostenbetrachtung.....	33
1.5. Ausblick.....	33
Teil B: Stadtratsanträge.....	34
2. Einleitung.....	34
3. Beantwortung der Stadtratsanträge.....	34
3.1. Stadtratsantrag „Online-Dienste von anderen Kommunen testen und auf München übertragen“ (14-20/A02575).....	34
3.2. Stadtratsantrag „Barcamp zu E-Government in München organisieren“ (14-20/A02577).....	37
3.3. Stadtratsantrag „Von der intelligentesten Stadt Europas lernen“ (14-20/A02583).....	38
3.4. Stadtratsantrag „Open Data in München kostenfrei anbieten“ (14-20/A02586).....	42
3.5. Stadtratsantrag „München analog digital: 20 unter 20.000 Euro“ (14-20/A02717).....	44
4. IT-Kommission.....	46
<b>II. Antrag des Referenten.....</b>	<b>46</b>
<b>III. Beschluss.....</b>	<b>47</b>

## **I. Vortrag des Referenten**

### **Zusammenfassung**

Die vorliegende Beschlussvorlage hat das Ziel, den Stadtrat über den Sachstand des Projektes E- und Open-Government Stufe 2 (Beschluss vom 12.11.2014 – im Folgenden eoGov Stufe 2) in Teil A dieses Dokuments zu informieren. Überlappend zu eoGov Stufe 2 wurde am 22.07.2016 durch den Stadtrat auch die Erweiterung „E-Government und Open-Government - Stufe 2a (BayEGovG)“ (die im Folgenden eoGov Stufe 2a) beauftragt. Diese ist ebenso Gegenstand des Jahresberichts 2016.

Darüber hinaus werden in einem Teil B die Maßnahmen, die bereits heute im Kontext der zu behandelnden Stadtratsanträge durchgeführt werden, vorgestellt.

Es werden keine Finanzmittel oder Maßnahmen mit finanziellen Folgewirkungen beantragt.

Im Bereich E-Government wurden auch in 2016 die Online-Services konsequent weiter ausgebaut und in Betrieb genommen. Hervorzuheben sind dabei:

- Haltverbot online (produktiv seit: 19.01.2016)
- Einsatz der Basiskomponente elektronisches Bezahlen im Rahmen der neuen Online-Dienste zum Bibliotheksausweis (produktiv seit: 25.01.2016)
- Ausbau der Möglichkeiten Anliegen online bzw. mobil zu melden
- Weitere Einsatzszenarien für die Veranstaltungsplattform sowie die Newsletterplattform

Als Voraussetzungen für weitere Anwendungsbereiche wurden die bestehenden eo-Gov-Plattformen um folgende neue Basiskomponenten ergänzt:

- Basiskomponente elektronisches Bezahlen (BeB)
- Kooperationsplattform

Ebenso wurden die bislang vorhandenen Zahlungsarten Giropay und Kreditkarte um eine weitere Zahlungsart „Online-Lastschrift“ erweitert.

Darüber hinaus wurden alle vorhandenen Plattformen – Open-Data-Plattform, Umfrageplattform, Veranstaltungsplattform, Newsletterplattform – sowie die Kooperationsplattform einem kontinuierlichen Releasemanagement unterworfen und entsprechend den Anforderungen der Anwenderinnen und Anwender neue Funktionalität bereitgestellt.

Zudem wurden weitere Schritte zur Verankerung von E- und Open-Government in der Landeshauptstadt München (LHM) unternommen.

Das Gesamtprojekt E- und Open-Government (Stufe 2 und 2a) bewegt sich in dem vorgegebenen Budgetrahmen. Das in diesem Projekt zur Verfügung gestellte Budget und damit verbundene Umsetzungskapazitäten für die Durchführung einzelner Maßnahmen haben sich als sehr hilfreich für eine schnelle und unbürokratische Umsetzung neuer Angebote für weitere Fachdienststellen erwiesen.

Nur durch ein E-Government-Angebot, das auch angenommen wird, lassen sich in den Prozessen hohe Fallzahlen erzeugen, die dann wiederum Einsparpotentiale durch E-Government in der Kommune realisieren können. Begleitet werden müssen die E-Government-Angebote durch Werbung und unterstützende Maßnahmen. Dazu müssen bereits vorhandene sowie neue E-Government-Angebote den Nutzerinnen und Nutzern bekannt gemacht und zur Anwendung gebracht werden.

### **Hinweise zum Aufbau dieser Beschlussvorlage**

Zur Optimierung der Berichtserstattung zu E-/Open-Government an den Stadtrat wurden in dem vorliegenden Beschluss folgende Themen zusammengefasst und hier einfürend kurz erläutert:

In **Teil A** wird gemäß des Beschlusses „E-Government und Open-Government Stufe 2“ vom 12.11.2014 (Beschlussziffer 17) über die wesentlichen Aktivitäten und Ergebnisse des „E- und Open-Government“-Projektes in der LHM berichtet:

*„17. Das Projekt wird beauftragt, dem Stadtrat jährlich zu berichten. Dieser Beschluss unterliegt auf Grund der eigenständigen Berichtspflicht nicht der Beschlussvollzugskontrolle.“*

Dieser Bericht 2016 des E- und Open-Government Projektes umfasst sowohl Stufe 2 wie auch Stufe 2a.

In **Teil B** werden gemäß des Stadtratsantrags vom 25.10.2016 „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen“ von den 11 Stadtratsanträgen, die dem eoGov-Team zur Beantwortung zugewiesen wurden, entsprechend dem Antrag zur Fristverlängerung, zunächst die folgenden 4 Stadtratsanträge behandelt:

- Stadtratsantrag 2: (14-20/A02575)  
„Online-Dienste von anderen Kommunen testen und auf München übertragen“
- Stadtratsantrag 4: (14-20/A02577)  
„Barcamp zu E-Government in München organisieren“
- Stadtratsantrag 10:(14-20/A02583)  
„Von der intelligentesten Stadt Europas lernen“
- Stadtratsantrag 13: (14-20/A02586)  
„Open Data in München kostenfrei anbieten“

Darüber hinaus wird der Stadtratsantrag der SPD-Fraktion „München analog digital: 20 unter 20.000 Euro“ (Antragsnummer 14-20/A02717) vom 08.12.2016 in dieser Beschlussvorlage behandelt.

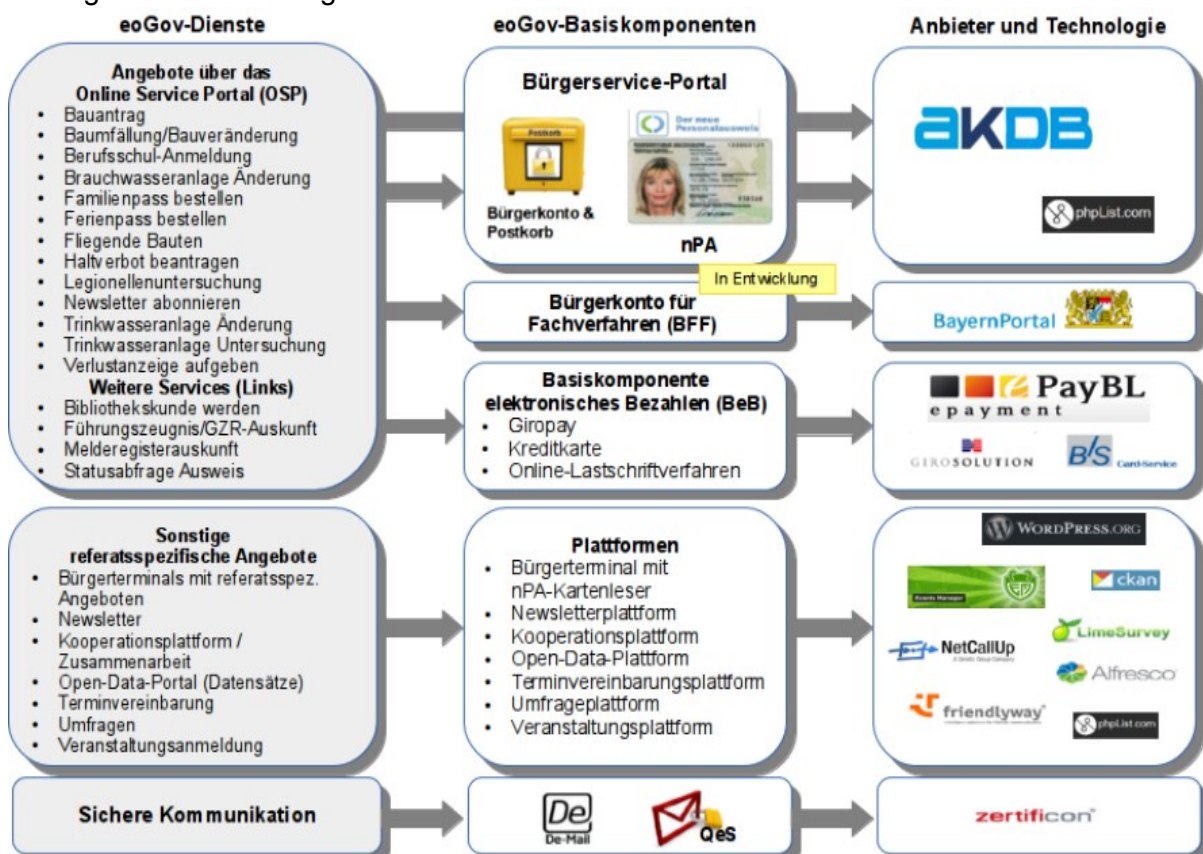
## Teil A: Bericht 2016 des E- und Open-Government Projektes Stufe 2 und 2a

Zur einfacheren Nachvollziehbarkeit dieses Berichts wurden die nachfolgenden Kapitel an der Struktur des zugrundeliegenden Beschlusses zur eoGov Stufe 2 ausgerichtet. So ergibt sich die Einteilung nach Handlungsfeldern, die wiederum Bündel von Maßnahmen beinhalten, die jeweils kurz inhaltlich beschrieben werden. Daraufhin wird jeweils kompakt das Ergebnis aus 2016 erläutert und ein Ausblick auf das weitere Vorgehen gegeben.

### 1. Einleitung

Das gesamte eoGov-Projekt ist ein strategisches Projekt im Rahmen der E-Government und Open-Government-Strategie der LHM.

Mit Stufe 1 und 2 des eoGov-Projektes, wurde ein Vielzahl an eoGov-Basiskomponenten und eoGov-Diensten für Bürgerinnen und Bürger geschaffen, die in der nachfolgenden Grafik dargestellt sind.



#### 1.1. Aktivitäten 2016

Auch in 2016 wurde das E- und Open-Government der LHM vorangetrieben und weiter ausgebaut. Im Einzelnen wurden die nachfolgend aufgeführte Aktivitäten durchgeführt und die folgenden Ergebnisse erzielt.

### 1.1.1. Ergänzungsantrag

Im Rahmen des Beschlusses zum E- und Open-Government – Stufe 2 vom 20.11.2014 (Nr. 14-20 / V 01595) wurde folgender Ergänzungsantrag gestellt:

- *„Online-Meldung von Anliegen: Die Verwaltung entwickelt noch 2015 eine mobile App (nicht nur ein Online-Formular), mit welcher Schäden und Verbesserungsvorschläge (bzgl. Straßen, Radwegen, Spielplätzen, etc.) direkt, unter Nutzung von GPS-Koordinaten und mit der Möglichkeit Bilder hochzuladen, gemeldet werden können. Diese App wird dem Stadtrat vorgestellt.*
- *Neue E-/Open-Government-Dienste: Die Verwaltung wird aufgefordert, sechs Monate nach Erlass des bayerischen E-Government-Gesetzes zu berichten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen, welche zusätzlichen (über die in der Vorlage benannten hinausgehenden) Behördengänge online erledigt werden können. Grundlage für die zusätzlichen Maßnahmen in diesem Beschluss soll das kommende bayerische E-Government-Gesetz sowie eine (Online)-Befragung von Münchner BürgerInnen, welche Anliegen sie gerne zukünftig online erledigen möchten, sein.“*

Dieser Ergänzungsantrag wurde in 2016 bearbeitet, die Ergebnisse werden hier vorgestellt.

### **Beschlussvorlage „E-Government und Open-Government – Stufe 2a (BayE-GovG)“ (SV Nr. 14-20 / V 06082)**

Das bayerische E-Government Gesetz (BayEgovG) trat am 30.12.2015 in Kraft und entsprechend dem Ergänzungsantrag wurde im ersten Halbjahr 2016 eine Beschlussvorlage erstellt, die dieses Gesetz aufgreift. Diese wurde dem Stadtrat vorgelegt und am 22.07.2016 in der Vollversammlung verabschiedet.

Beauftragung      Ergänzungsantrag zum eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016    Ausgehend von den Anforderungen der Politik, den Ergebnissen der Online-Befragung sowie den Anforderungen der Referate und Eigenbetriebe wurde sechs Monate nach Erlass des BayEGovG eine neue Beschlussvorlage „eoGov Stufe 2a“ erstellt.

Die wesentlichen Inhalte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Durchführung von zentralen Maßnahmen:
  - Strategisches Umsetzungskonzept zum Angebot an eoGov-Diensten
  - Fortschreibung der Architekturkomponenten / neue eoGov-Architektur
- Bereitstellung weiterer konkreter Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern

Die genannten Maßnahmen werden in den folgenden Kapiteln dargestellt.

Weiterer Ausblick Der Punkt „Erstellung einer Beschlussvorlage“ aus dem Ergänzungsantrag wurde somit erledigt. Es sind keine weiteren Aktivitäten geplant.

### **Online Befragung von Bürgerinnen und Bürgern**

Wie bereits ausgeführt, wurde im genannten Ergänzungsantrag auch eine „Bürgerbefragung zu elektronischen Dienstleistungen der LHM“ beauftragt. Mit Hilfe dieser Umfrage wollte die LHM gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern Präferenzen identifizieren, welche Online-Dienstleistungen zukünftig bereitgestellt bzw. weiter ausgebaut werden sollen.

Beauftragung: Ergänzungsantrag zum eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Im Zeitraum vom 18.02.2016 bis 21.03.2016 wurde eine Online-Befragung der Münchner Bürgerinnen und Bürger zu den elektronischen Dienstleistungen der Stadt via Internet durchgeführt. Die zentralen Erkenntnisse aus den 572 auswertbaren Fragebögen können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die in der Umfrage gewünschten Dienste müssen analysiert und auf ihre Online-Tauglichkeit geprüft werden.
- Um die Nutzerfreundlichkeit zu verbessern müssen die vorhandenen eoGov-Basiskomponenten und eoGov-Dienste technisch optimiert werden.
- Um das weitere Potenzial der eoGov-Dienste zu heben muss die Auffindbarkeit bestehender Dienste verbessert werden.
- Um eine größere Reichweite der eoGov-Dienste, sowohl nach Außen gegenüber der Bürgerschaft als auch nach Innen in die LHM, zu erreichen ist ein verstärktes Marketing notwendig.
- Zudem ist es erforderlich ein gezieltes Erwartungsmanagement gegenüber dem Kunden zu betreiben, um transparent darzustellen, was E-Government leisten kann und was nicht.

Die Ergebnisse wurden für alle Bürgerinnen und Bürger im IT-Blog der Stadt unter dem Link <https://www.it-muenchen-blog.de/index.php/buerger-wuenschen-online-services/> veröffentlicht.

Eine Zusammenfassung und die ausführlichen Ergebnisse der Online Befragung können dem Beschluss „E-Government und Open-Government - Stufe 2a (BayEGovG) (SV Nr. 14-20 / V 06082)“ entnommen werden.

Weiterer Ausblick: Die Ergebnisse der Online Befragung insbesondere die Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger werden im Rahmen des zu erstellenden strategischen Umsetzungskonzeptes berücksichtig-

sichtigt und auf diesem Weg in die weitere Planung für das E- und Open-Government der LHM aufgenommen und dem Stadtrat im Rahmen der Beschlussvorlage eoGov Stufe 3 Ende 2017 vorgelegt.

### **Online Meldung von Anliegen (Mängelmelder-App)**

Zudem wurde die Verwaltung im Ergänzungsantrag damit beauftragt, eine mobile App zu entwickeln, die über die reine Online-Formulare Erfassung hinausgeht, mit welcher Schäden und Verbesserungsvorschläge an städtischen Einrichtungen direkt, unter Nutzung von GPS-Koordinaten und mit der Möglichkeit Bilder hochzuladen, gemeldet werden können. Diese App soll dem Stadtrat vorgestellt werden.

Beauftragung: Ergänzungsantrag zum eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: In der mobilen App für Smartphones der Portalgesellschaft, der sog. „München App“, werden in einem Bereich für Verwaltungsdienste und Informationen ausgewählte online Dienste wie bspw. „Bei Anruf Licht“ und „Meldung zu Kinderspielplätzen“ bereitgestellt. Zusammen mit dem verantwortlichen Fachbereich „Brunnen/Denkmäler“ (Baureferat) und den IT-Dienstleistern wurde ein Modul in der München App, wie beauftragt, mit GPS und Foto-Funktion, umgesetzt.

Es handelt sich dabei um die Möglichkeit Störungen und Probleme an Brunnen und Denkmälern zu melden.

Dieses bildet die Blaupause für weitere Meldedienste, wobei die Einführung zusätzlicher Angebote nur in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Dienststellen für den Online-Zugang und bei angepassten organisatorischen Regelungen möglich ist.

Weiterer Ausblick: Der Punkt „Onlinemeldung von Anliegen“ aus dem Ergänzungsantrag wurde somit erledigt. Im Rahmen von eoGov-Beschluss 2a ist für 2017 die Erstellung eines stadtwweit tragfähigen Konzeptes zum Anliegenmanagement inkl. Workflow-Unterstützung geplant.

### **1.1.2. Zentrale Maßnahmen**

Im Rahmen des eoGov-Beschlusses Stufe 2a wurde die Umsetzung von zwei zentralen Maßnahmen beauftragt. Die Ergebnisse des Jahres 2016 werden hier dargestellt.

#### **Strategisches Umsetzungskonzept**

Das eoGov-Projekt erstellt bis Mitte 2017 ein strategisches Umsetzungskonzept für den weiteren Ausbau des Angebots an eoGov-Diensten bei der LHM, das in den Folgejahren fortgeschrieben wird.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2a



Ergebnisse 2016: Treiber für das strategische Umsetzungskonzept ist das BayE-GovG. Mit der Erstellung eines stadtweiten „Fahrplans“ hinsichtlich der Umsetzung der gesetzlich geforderten Maßnahmen, kommt die Stadt ihrem gesetzlichen Auftrag nach. Mit den Arbeiten zum **strategisches Umsetzungskonzept** wurde im August 2016 begonnen. Ziel dieses Konzeptes ist es, gemeinsam mit den Referaten und Eigenbetrieben die e-governmentfähigen und e-governmentwürdigen Prozesse und Verwaltungsverfahren in der LHM zu identifizieren und für deren Umsetzung einen „Umsetzungsplan“ zu erstellen. Neben dem innerstädtischen Anforderungen fließen in dieses Umsetzungskonzept auch die Ergebnisse der Online Befragung und die wichtigsten, aus den vorhandenen Studien abgeleiteten, Ergebnisse mit ein. Derzeit werden mögliche Prozesse und Verfahren mit den Referaten und Eigenbetrieben erhoben.

Weiterer Ausblick: Das **strategische Umsetzungskonzept** wird im 1. Halbjahr 2017 fertiggestellt und stellt die Grundlage für die Beschlussvorlage E- und Open-Government – Stufe 3“, die in 2017 eingebracht wird, dar. Das strategische Umsetzungskonzept wird kontinuierlich weiter fortgeschrieben.

### **Fortschreibung der Architekturkomponenten / neue eoGov-Architektur**

Die Nutzung der zentralen eoGov-Basiskomponente der LHM – des Bürgerservice-Portals der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) – ist aus vergabe- und lizenzrechtlichen Gründen bis Ende 2017 limitiert. Daher ist eine weitere zentrale Maßnahme die Bereitstellung einer neuen LHM-eigenen Infrastruktur und die Migration der bestehenden Online Dienste auf diese neue Infrastruktur.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2a

Ergebnisse 2016: Umgehend nach der Beschlussfassung im Juli 2016 wurde mit den Arbeiten zur **neuen E-Government-Architektur** begonnen. Derzeit werden hierzu die entsprechenden Konzepte, sowohl fachlich als auch technisch, ausgearbeitet, um die Bereitstellung der neuen Architektur im Laufe des Jahres 2017 zu ermöglichen und die kontinuierlichen Bereitstellung und Betrieb der aktuellen und zukünftigen eoGov-Dienste auch über 2017 hinaus sicherzustellen.

Weiterer Ausblick: Für die **neue E-Government-Architektur** steht die Realisierung und die Migration der bestehenden Online-Dienste in die neu zur Verfügung gestellte Infrastruktur im Mittelpunkt.

### 1.1.3. Handlungsfeld 1 – Neue E-Government und Open-Government-Dienste

Maßnahmen aus Handlungsfeld 1 betreffen den Ausbau und die Weiterentwicklung des elektronischen Leistungsangebots für die Bevölkerung, die Partner im behördlichen Bereich und die Wirtschaft.

#### Online-Dienste für das Einwohnerwesen (KVR)

Im Rahmen dieser Maßnahme werden folgende Online-Dienste für das Einwohnerwesen (EWO) im KVR bereitgestellt, welche einen leichten und bequemen Zugang zu melderechtlichen Dienstleistungen der LHM bieten:

- Online-Bestellung von Meldebescheinigungen (inkl. Bezahlung)
- Online-Beantragung von Melderegisterauskünften (inkl. Bezahlung)
- Online-Meldung zum Umzug innerhalb der Stadt
- Einrichtung von Übermittlungssperren

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Über einen Change Request zum bereits im KVR eingesetzten Fachverfahrens OK.EWO wurden die entsprechenden Online-Dienste von der AKDB beschafft und diese an die Anforderungen und das Layout der LHM angepasst. Parallel wurde die Integration dieser neuen Dienste in die entsprechenden Fachverfahren und die Infrastruktur der LHM vorbereitet und durchgeführt. Einzelne Herausforderungen bei der Anbindung der Funktionalitäten der AKDB an das System OK.EWO des KVR führten zu Verzögerungen, daher konnte Ende 2016 nur eine Teilmenge der Funktionen (Übermittlungssperre und Melderegisterauskunft) wie geplant zur Verfügung gestellt werden.

Weiterer Ausblick: Die Integration der restlichen EWO-Online-Dienste wird voraussichtlich in Q1/2017 abgeschlossen, sodass diese Dienste dann den Bürgerinnen und Bürgern über das Online-Service-Portal (OSP) zur Verfügung stehen.

#### Beantragung von Haltverboten (KVR)

Dieser Dienst ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zeitlich und örtlich beschränkte Halteverbote, z. B. im Fall von Umzügen, online über das OSP zu beantragen.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Der Dienst wurde am 19.01.2016 auf dem OSP produktiv gesetzt und seit März 2016 auch durch das KVR beworben. Wie in den Nutzungszahlen (s. Kapitel 1.2) zu erkennen ist, wird der Dienst sehr gut angenommen und rege genutzt.

Weiterer Ausblick: Eine zweite Ausbaustufe ist für 2017 geplant und beinhaltet die

Bereitstellung des Dienstes auch für juristische Personen.

### **Bauantrag Online (PLAN)**

Seit 2014 werden bereits einzelne Formulare zum Bauantrag im OSP bereit gestellt. Diese können online ausgefüllt, als PDF gedruckt und auf dem üblichen Weg als Papierformulare eingereicht werden.

Diese bestehende Lösung wird auf die am häufigsten benötigten Formulare des Bauantrags erweitert und systematisch weiter ausgebaut. Eine komplette elektronische Antragstellung, bei der auch das Schriftformerfordernis durch eine elektronische Identifizierung ersetzt werden kann, wird angestrebt und soll ebenfalls im Rahmen dieser Maßnahme umgesetzt werden.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Nach der Finalisierung der Anforderungen durch die Fachdienststelle wurden diese entsprechend realisiert. Neben der Bereitstellung der Formulare für den Bauantrag wurde eine weitere Funktion erstellt, die die Nachreichung und den Versand von großen Dateien ermöglicht. Des Weiteren wurde das Fachverfahren im Planungsreferat an das OSP angeschlossen. Dies ermöglicht eine medienbruchfreie Übertragung der Antragsdaten aus dem OSP in das Fachverfahren. Derzeit befindet sich die Funktionalität im Test.

Weiterer Ausblick: Im nächsten Schritt soll der Bauantrag im ersten Quartal 2017 einer ausgewählten Nutzergruppe zur Verfügung gestellt werden. Nach Bereitstellung der Funktionalitäten „Juristische Person“ und „Zwischenspeichern“ im OSP werden diese auch im „Bauantrag Online“ eingesetzt, sodass dieser Mitte 2017 in Produktion übernommen werden soll.

### **Anmeldung an der Sing- und Musikschule (RBS)**

Wie im eoGov-Beschluss Stufe 2a vom 20.07.2016 festgelegt, wurde die für 2017 vorgesehene Maßnahme aufgrund von Ressourcenengpässen beim RBS aus der Planung entfernt.

### **Registrierung zu Veranstaltungen des Referats für Bildung und Sport (RBS)**

Wie im eoGov-Beschluss Stufe 2a vom 20.07.2016 festgelegt, wurde die für 2017 vorgesehene Maßnahmen aufgrund von Ressourcenengpässen beim RBS aus der Planung entfernt.

### **Bereitstellung der Newsletterplattform für neue Mandanten (Roll-Out)**

Die bereitgestellte Basiskomponente für Newsletter wird kontinuierlich stadtweit ausgerollt. Sie bietet eine stadtweit nutzbare Plattform als einheitliche Lösung für die Er-

stellung und den Versand von Newslettern. Das OSP ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern dabei die An- und Abmeldung von Newslettern und deren komfortable Verwaltung für die zuständigen Fachdienststellen.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Im Laufe des Jahres wurde ein neuer Newsletter des Direktori- ums (Rathausumschau (RU) vom Presse- und Informationsamt) zur Verfügung gestellt. Dies war angesichts der hohen Außenwir- kung (Abonnenten der RU sind vorwiegend Presseleute) eine große Herausforderung. In Q4/2016 wurde erfolgreich ein neues Release der Basiskom- ponente für alle Mandanten zur Verfügung gestellt.

Weiterer Ausblick: Das Angebot an Newslettern soll sukzessive weiter ausgebaut werden und auch das OSP soll dabei entsprechend erweitert wer- den. Dafür haben bereits mehrere Referate (RBS und SOZ) ihr Interesse bekundet.

### **Bereitstellung der Kooperationsplattform für neue Mandanten (Roll-Out)**

Die Kooperationsplattform wurde Anfang 2016 produktiv gesetzt und wird kontinuierlich stadtweit ausgerollt. Verschiedene Referate haben fachliche Aufgaben, im Rah- men derer sie mit externen Partnern Informationen und Dokumente austauschen, ge- meinsam Dokumente bearbeiten und Termine für gemeinsame Abstimmungen finden müssen. Heute findet die Kooperation von Fachabteilungen mit externen Partnern vor allem per E-Mail oder per Telefon statt und durch ungesicherte Übertragungswege somit auch aus Datenschutzgründen kritisch zu bewerten. Besonders die Terminfin- dung und die Arbeit an gemeinsamen Dokumenten ist dabei aufwendig bzw. schwie- rig.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: 2016 wurde die Kooperationsplattform mit dem RGU als Piloten produktiv gesetzt. Seitdem wurden folgende neue Benutzer und neue Projekträume aufgenommen:

- RGU (weiterer Projektraum) → abgeschlossen
- Bezirksausschüsse → abgeschlossen (Der Bezirksausschuss 22 arbeitet seit der Umstellung komplett papierlos)
- KR\_Geoportal → abgeschlossen

Weiterer Ausblick: Folgende Benutzer haben Interesse bekundet und werden in 2017 voraussichtlich auf die Plattform mit aufgenommen:

- Stadtrat
  - im Rahmen des Projektes zur papierlosen Stadtratsarbeit
- RAW
- PLAN
- SKA

- SOZ – Behindertenbeirat
- DIR – Intranet
- MSE
- BAU

### **Durchführung weiterer Online Befragungen (Roll-out)**

Die bereitgestellte Basiskomponente für Online-Befragungen kann stadtweit für Befragungen durch verschiedene Fachbereiche der LHM genutzt werden. Mit Hilfe des Dienstes haben die Referate die Möglichkeit, ein Meinungs- und Stimmungsbild zu ermitteln, um dieses bei späteren Entscheidungen berücksichtigen zu können. Sie wird kontinuierlich weiter ausgerollt.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Das Statistische Amt nutzt die Basiskomponente für die Durchführung von unterschiedlichsten Befragungen im Auftrag verschiedener Referate. Ein weiterer direkter Nutzer ist das Referat für Gesundheit und Umwelt. Die vom Stadtrat beauftragte Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zum Einsatz von E-Government erfolgte im Zeitraum Februar/März 2016 auf dieser Plattform und lieferte wichtige Erkenntnisse für das Projekt. Des Weiteren wurde nach der Veranstaltung „Open Government Tag 2016“ im Oktober 2016 eine Zufriedenheitsumfrage bei den Teilnehmern durchgeführt.

Weiterer Ausblick: Bei Bedarf wird die Basiskomponente weiteren Benutzern zur Verfügung gestellt.

### **Bereitstellung neuer Formulare zur Online Meldung von Anliegen**

Für ausgewählte Themen soll für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bereitgestellt werden, Anliegen an die Verwaltung zu adressieren. Die Erfassung der Anliegen erfolgt über einfache Online-Formulare im OSP. Die zu realisierenden Themen sind noch in Abstimmung mit den potentiellen Referaten und Eigenbetrieben oder nach Vorschlägen und Wünschen aus der Bevölkerung festzulegen. Die konkret umzusetzenden Meldungen werden im Rahmen des eoGov-Planungsprozesses vorgeschlagen, priorisiert und durch den Lenkungskreis des eoGov-Projektes im Rahmen eines bereitgestellten Umsetzungsbudgets entschieden. Es werden kontinuierlich weitere Formulare zu Online Meldung von Anliegen erstellt.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Hier erfolgten Arbeiten an der Basisinfrastruktur – mobile App – und einzelne Dienste wurden optimiert.  
Vergleiche Kapitel 1.1.1 „Ergänzungsantrag zum Beschluss“  
→ Online Meldung von Anliegen (Mängelmelder-App)

Weiterer Ausblick: Wie bereits im Kapitel 1.1.1 dargestellt, wurden im Rahmen von eoGov-Beschluss 2a die Erstellung eines stadtweit tragfähigen

Konzeptes zum Anliegenmanagement und die Erstellen einer App-Strategie beauftragt. Die Konzepterstellung ist für 2017 geplant.

### **Bereitstellung der Veranstaltungsplattform für neue Mandanten (Roll-Out)**

Die Veranstaltungsplattform wurde Anfang 2015 produktiv gesetzt und wird kontinuierlich stadtweit ausgerollt. Mit der Veranstaltungsplattform wurde den Referaten und Eigenbetrieben eine Möglichkeit geschaffen, um geplante Veranstaltungen online zur Registrierung bereit zu stellen. Die Interessenten können sich somit über ein Online-Formular eigenständig anmelden. Die Daten stehen den Fachbereichen in einer Übersicht zur weiteren Bearbeitung zur Verfügung. Verschiedene Anpassungsmöglichkeiten und die mobilfähige Ansicht der Plattform bieten den Bürgerinnen und Bürgern eine moderne Alternative zu bisherigen Registrierungsprozessen.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Es wurden im Laufe des Jahres 2016 folgende weitere Veranstaltungsplattformen produktiv gesetzt:

- Münchner Stadtentwässerung: Anmeldung zu Veranstaltungen der MSE
- Referat für Gesundheit und Umwelt: Anmeldung zur Nacht der Umwelt 2016
- Sozialreferat: Anmeldung zu Fortbildungsveranstaltungen für interne Mitarbeiter/-innen der LHM
- Direktorium: Anmeldung zur Konferenz der Gleichstellungsstelle für Frauen
- Kreisverwaltungsreferat: Anmeldung zur Schulung für Wahlhelfer
- Personal- und Organisationsreferat: Ablösung der bisherigen Lösung „POR Treff“ (Ende 2016)

Weiterer Ausblick: Im Laufe des Jahres 2017 werden weitere Veranstaltungsplattformen für einzelne Referate und Eigenbetriebe realisiert:

- Referat für Bildung und Sport: Aus- und Fortbildungssystem (AFS)
- Münchner Stadtentwässerung: Anmeldung zu Veranstaltungen der MSE intern
- Direktorium – Presse- und Informationsamt (PIA): Anmeldungen zu Presseveranstaltungen
- Kulturreferat: Veranstaltungen der Bibliotheken

Darüber hinaus werden in mehreren Releases weitere Anforderungen der Referate und Eigenbetriebe umgesetzt, um das Angebot fortlaufend zu optimieren.

## **Bereitstellung weiterer Open-Data-Angebote für Bürgerinnen / Bürger und Unternehmen**

Am 21.02.2015 startete das Open-Data-Portal München in den Live-Betrieb. Auf dem Portal veröffentlicht die LHM offene Daten aus verschiedenen Themenbereichen der Verwaltung in maschinenlesbarer Form für alle frei zugänglich unter der Deutschlandlizenz.

Wie im Beschluss „E-Government, Open-Government, Open-Data; Sachstandsbericht 2015, Ziele Open-Data und Auswertung von Studien“ mit VPA vom 13.04.2016 beauftragt, soll das bestehende Angebot an Open-Data kontinuierlich jährlich um 20% weiter ausgebaut werden. Ausgangsbasis waren 70 Datensätze, die Anfang 2016 im Open-Data-Portal bereitgestellt waren.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Das Ziel, in 2016 20% mehr Datensätze (14) anzubieten, wurde nicht erreicht. Derzeit sind 78 Datensätze auf dem Open-Data-Portal verfügbar. Das entspricht einem Zuwachs von 11% an Datensätzen. Folgende Datensätze konnten neu auf der Plattform bereitgestellt werden:

- Toilettenkabinen an der Isar
- Öffentliche Spielplätze München
- Parkhäuser München
- Öffentliche Toiletten der LHM
- Müllsammelbehälter an der Isar
- Points of Interest an der südlichen Isar
- Vornamen von Neugeborenen 2015
- Vornamen von Neugeborenen 2014

Darüber hinaus wurden bestehende Datensätze aktualisiert (z. B.: Indikatorenatlas).

Weiterer Ausblick: Das Angebot an Open-Data soll weiter ausgebaut werden. Dies kann nur in enger Kooperation mit den Referaten und Eigenbetrieben erfolgen.

Ende 2017 ist die Inbetriebnahme des GeoPortals geplant, so dass dann freigegebene Geodatensätze automatisch mit dem Open-Data-Portal verlinkt werden können.

### **1.1.4. Handlungsfeld 2 – Neue stadtweite eoGov-Basiskomponenten**

#### **Kooperationsplattform**

Die Kooperationsplattform dient zur Unterstützung von Projekt- und Gremienarbeit zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LHM sowie externen Einrichtungen und Partnerorganisationen. Im Zentrum steht dabei die Möglichkeit, schnell und sicher Daten auszutauschen, gemeinsam Termine zu vereinbaren und zu verwalten bis hin zu Funktionalität für die kooperative Zusammenarbeit wie z. B. Foren oder Wikis.

- Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2
- Ergebnisse 2016: Anfang 2016 ging die neue Kooperationsplattform in Betrieb. Darüber hinaus wurde eine neue Benutzerverwaltung für Externe Benutzer eingeführt, über welche sich diese mit nur einem Benutzernamen / Passwort zukünftig an allen LHM-Anwendungen anmelden können.
- Weiterer Ausblick: Die Einführung der Kooperationsplattform ist damit abgeschlossen. Die Aufnahme neuer Nutzer ist in Handlungsfeld 1 beschrieben (s. Kap. 1.1.3), die Weiterentwicklung der Basiskomponente ist Bestandteil von Handlungsfeld 3 (s. Kap. 1.1.5).

### **Terminvereinbarung**

Die Basiskomponente zur Terminvereinbarung ermöglicht eine Online-Terminbuchung für Bürgerinnen und Bürger über das Internet. Die Komponente ermöglicht der Verwaltung eine optimierte Terminvereinbarung für stark frequentierte Verwaltungsleistungen für Bürger vor Ort wie z. B. im KVR. Sie bietet Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen eine erhebliche Verkürzung der Wartezeiten bzw. die Möglichkeit einer Terminbuchung mit hoher Verfügbarkeit, unabhängig von der Erreichbarkeit der Verwaltung.

- Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2
- Ergebnisse 2016: 2015 wurde ein Standard-Einführungskonzept für die Terminvereinbarung auf Basis der Erfahrungen von Pilotanwendern entworfen. Nach Abschluss des Roll-Outs der Terminvereinbarung in der Ausländerbehörde KVR wurde Ende ein Workshop durchgeführt, bei dem die bisher gesammelten Erfahrungen bewertet und in die weitere Konzeption der Einführung aufgenommen werden. Ende 2016 wurde die Beschaffung weiterer 400 Lizenzen für das KVR eingeleitet (Standesamt, Bürgerbüro, Versicherungsamt und Einbürgerungsstelle).
- Weiterer Ausblick: Es zeichnet sich ab, dass auch weitere Referate (z. B. SOZ) Bedarf für die Terminvereinbarung haben. Sobald dem eoGov-Projekt konkreter Bedarf mit einem Zeitplan zur Einführung gemeldet wurde, wird die Beschaffung einer stadtweiten Lizenz veranlasst.

### **Basiskomponente elektronisches Bezahlen (BeB)**

Um die Möglichkeiten des elektronischen Bezahls auch für Fachverfahren zu ermöglichen (und nicht wie bislang nur über Online-Dienste) wurde eine neue Basiskomponente (BeB) erstellt. Diese umfasste zunächst nur die Zahlungsarten Giropay und Kreditkarte.

Eng an diese Basiskomponente gekoppelt ist die Basiskomponente zur automatisierten Verbuchung in SAP, die derzeit bei der SKA entwickelt wird (s. auch: Kap. 1.1.7



Fachliche Querschnittsthemen).

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Im Januar 2016 wurde die „Basiskomponente elektronisches Bezahlen (BeB)“ zur online Bezahlung von Bibliotheksgebühren und im Rahmen der Bestellung des Bibliotheksausweises eingeführt. Dieser Dienst wurde sofort von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen und intensiv genutzt (siehe auch Kap. 1.2 Nutzungszahlen).

Mitte 2016 wurde der Ausbau der BeB um das Bezahlverfahren „Online-Lastschrift“ abgeschlossen und steht seither produktiv zur Verfügung.

Pilotprojekte für diese neue Funktion sind:

- KVR – Bestellung von Urkunden des Standesamts
- KULT – Weiterer Ausbau der Bezahlmöglichkeiten im Rahmen der Online-Dienste der Münchner Stadtbibliothek

In enger Zusammenarbeit mit dem Projekt „ePayment“ der SKA wurden beide Projekte bei der Konzeption und Realisierung der Anbindung an die BeB begleitet.

Weiterer Ausblick: Nach Abschluss der Pilotprojekte Anfang 2017 ist geplant, die Online-Lastschrift stadtweit in Einsatz zu bringen. Darüber hinaus ist die Einführung weiterer Bezahlmethoden (Paydirekt, PayPal) in Prüfung bei der Stadtkämmerei.

### **Bürgerkonto für Fachfahren**

Diese Basiskomponente ermöglicht Fachverfahren die Nutzung des von der AKDB (zukünftig Bayern Portal) bereitgestellten Bürgerkontos inklusiver seiner Funktionalitäten wie Authentifizierung/nPA, Postkorb, etc. Sie stellt einen wesentlichen Baustein im Kontext einer gesamtheitlichen eoGov-Architektur dar.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Der erforderliche Projektauftrag ist in Arbeit. Parallel wurde eine erste Evaluierung bezüglich der Machbarkeit durchgeführt.

Weiterer Ausblick: Die Realisierung und Produktivsetzung ist bis Ende 2017 geplant.

### **Starke Authentifizierung**

Zur Nutzung von Basiskomponenten, deren Daten einen höheren Schutzbedarf bzw. höhere Sicherheitsanforderungen bedürfen, soll zukünftig eine neue Basiskomponente „Starke Authentifizierung“ mit einer sogenannten 2-Faktor Authentifizierung bereitgestellt werden. Diese dient dem Identitätsnachweis eines Nutzers mittels der Kombination zweier unterschiedlicher und insbesondere unabhängiger Komponenten (Faktoren). Sie ist nur dann erfolgreich, wenn beide benötigten Faktoren zusammen eingesetzt werden und korrekt sind. Fehlt ein Faktor oder wird dieser falsch verwen-

det, lässt sich die Zugriffsberechtigung nicht zweifelsfrei feststellen und der Zugriff wird verweigert. Die Faktoren können z. B. ein Benutzernamen und ein Einmal-kennwort oder eine Transaktionsnummer (TAN) sein.

Das dazu veranschlagte Budget wird dabei gemeinsam durch das eoGov-Projekt wie auch it@M zur Verfügung gestellt, da viele Anforderungen auch andere Plattformen, die auch von externen Stellen benutzt werden, betreffen. Diese Anforderungen werden jetzt in einer neuen zentralen Basiskomponente behandelt.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2a

Ergebnisse 2016: Der erforderliche Projektauftrag wurde erstellt und befindet sich im Review.

Weiterer Ausblick: Die Realisierung, Pilotierung und Produktivsetzung ist bis Ende 2017 geplant.

### **Datenbereitstellungsplattform**

Mit der Datenbereitstellungsplattform soll den Referaten und Eigenbetrieben eine vielfach nachgefragte Möglichkeit eines sicheren Datenaustausches geboten werden. Eine Datenbereitstellungsplattform stellt einen Online-Speicherdienst dar, auf den Dateien hochgeladen und – bei entsprechender Rechtevergabe – wieder von anderen Personen heruntergeladen werden können. Ziel ist es, die Plattform externen Partnern zugänglich zu machen.

Die Bereitstellung einer Datenbereitstellungsplattform entlastet auch die bereits existierende Kooperationsplattform, da viele Anforderungen weniger eine Online-Zusammenarbeit erfordern, sondern sich auf einen reinen Dateiaustausch beschränken.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2a

Ergebnisse 2016: Im Oktober 2016 fanden bereits erste Gespräche mit dem Projekt „Langzeitarchivierung“ zwecks Aufnahme von Anforderungen und Abstimmung des weiteren Vorgehens statt.

Weiterer Ausblick: Mit den Arbeiten an der Konzeption zur „Datenbereitstellungsplattform“ soll laut Gesamtplanung Anfang 2017 begonnen werden.

### **Anliegenmanagement**

Unter Anliegenmanagement werden online-gestützte Softwaresysteme verstanden, mit denen Anliegen, Hinweise und Wünsche von Nutzern öffentlicher Dienste ortsbezogen und öffentlich sichtbar eingereicht und vom Anbieter zumeist auch öffentlich beantwortet werden. Mit einer solchen Anwendung können Bürgerinnen und Bürger Mängel an der kommunalen Infrastruktur melden und gemeinsam mit der Verwaltung an der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur mitwirken. Ein stadtweiter Einsatz kann nur erfolgreich sein, wenn die Unterstützung der beteiligten Referate bei der

Projektdurchführung und die Verankerung der Prozesse des Anliegenmanagements in der Organisation gewährleistet sind.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2a

Ergebnisse 2016: Aktuell finden bereits erste Sichtungen von Lösungen anderer Kommunen und am Markt statt.

Weiterer Ausblick: Mit den Arbeiten an der Konzeption soll laut Gesamtplanung Anfang 2017 gestartet werden.

### **1.1.5. Handlungsfeld 3 – Weiterentwicklung der eoGov-Basiskomponenten**

#### **Funktionale Erweiterung des Online Service Portals (OSP)**

Das OSP soll um folgende Funktionalitäten erweitert werden:

- Juristische Person (Stichwort: „Unternehmenskonto“) zur Umsetzung effektiver Verwaltungsdienste für Unternehmen
- Zwischenspeichern von Daten aus Formularen zur Erschließung weiterer komplexerer Nutzungsszenarien wie dem Online-Bauantrag
- Nutzung des Postkorbs im Bürgerkonto für die sichere bilaterale Kommunikation zu Bürgerinnen und Bürgern

Weiterhin ist die funktionale Erweiterung und Optimierung einer Integrationskomponente für die Ergänzung bestehender Fachverfahren um Online-Dienste vorgesehen. Diese ermöglicht die Nutzer in den Antragsprozess direkt über Internet einzubinden, die Datenqualität zu verbessern und generell Medienbrüche zu reduzieren.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Zu den Themen „Juristische Person“, „Postkorb“ und „Zwischenspeichern“ wurden die stadtweiten Anforderungen erhoben und die AKDB mit der Umsetzung der geplanten Funktionalitäten beauftragt. Die jeweiligen Konzepte wurden mit der LHM abgestimmt. Ende 2016 wurde eine Vorab-Version von „Postkorb“ und „Zwischenspeichern“ für erste Tests zur Verfügung gestellt. Die Integrationskomponente zur Anbindung weiterer Fachverfahren wurde weiter ausgebaut und zur Nutzung (u. a. im Bereich der EWO-Dienste) bereit gestellt.

Weiterer Ausblick: In 2017 werden die neuen Funktionalitäten im OSP in einzelnen Diensten umgesetzt und dem Nutzerkreis zur Verfügung gestellt. In diesem Umfang wird auch die Integrationskomponente erweitert und den entsprechenden Fachverfahren zur Verfügung gestellt.

#### **Weiterentwicklung Kooperationsplattform**

Anpassung und Erweiterung der 2016 bereitgestellten Kooperationsplattform und der Externen Benutzerverwaltung um Anforderungen, die sich aus der Pilotierung der

Plattform beim RGU und bei den Bezirksausschüssen ableiten.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Im August 2016 wurde der erste Releasewechsel für die Kooperationsplattform auf die neueste Version von Alfresco und zusätzlichen Anforderungen der Anwenderinnen und Anwender erfolgreich und im Zeitplan durchgeführt.

Weiterer Ausblick: Durch die Nutzung bei weiteren Referaten und Eigenbetrieben werden zusätzliche Anforderungen an die Kooperationsplattform gestellt werden. Diese werden durch weitere Releases umgesetzt und zusätzlich die neue Version von Alfresco installiert. So ist für Q2 2017 ein neues Release der Kooperationsplattform geplant.

### **Weiterentwicklung Veranstaltungsplattform**

Standardisierung und Vereinheitlichung der in 2015 bereitgestellten Veranstaltungsplattformen, Definition einer stadtweiten Basiskomponente und Übergabe der technischen Verantwortung an it@M.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Im ersten Halbjahr 2016 wurde der Versionsstand aller fachlichen und technischer Komponenten für alle in Produktion befindlichen Veranstaltungsplattformen vereinheitlicht und damit der Betrieb vereinfacht.

Weiterer Ausblick: Durch die Nutzung bei weiteren Referaten und Eigenbetrieben werden zusätzliche Anforderungen an die Veranstaltungsplattform gestellt werden. Diese werden durch weitere Releases umgesetzt; ebenso werden die neuesten Versionen der Veranstaltungsplattform installiert. So ist für Q3 2017 ein neues Release der Veranstaltungsplattform geplant.

### **Weiterentwicklung Newsletterplattform**

Ausbau und Erweiterung der Basiskomponente für Newsletter um neue Anforderungen und technische Erfordernisse.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Im zweiten Halbjahr 2016 wurden der Versionsstand für alle in Produktion befindlichen Newsletterinstanzen vereinheitlicht und damit der Betrieb vereinfacht.

Weiterer Ausblick: Durch die Nutzung bei weiteren Referaten und Eigenbetrieben werden zusätzliche Anforderungen an die Newsletterplattform gestellt werden. Diese werden durch weitere Releases umgesetzt; ebenso werden die neuesten Versionen der Newsletterplattform

installiert. So ist für Q3 2017 ein neues Release der Newsletterplattform geplant.

### **Weiterentwicklung Open-Data-Plattform**

Ausbau und Erweiterung der Basiskomponente Open-Data-Plattform um neue Anforderungen und technische Erfordernisse.

Diese Maßnahme korrespondiert mit dem im Beschluss „E-Government, Open-Government, Open-Data; Sachstandsbericht 2015, Ziele Open-Data und Auswertung von Studien“ mit VPA vom 13.04.2016 geforderten Ziel zur kontinuierlichen Optimierung der Open-Data-Plattform

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: In 2016 wurde die Software der Plattform mehrfach aktualisiert. Die Kartendarstellung wurde auf den Städtischen Kartendienst umgestellt. Die Rückmeldefunktion zur Kommunikation mit der LHM wurde verbessert

Weiterer Ausblick: Durch die Nutzung bei weiteren Referaten und Eigenbetrieben werden zusätzliche Anforderungen an die Open-Data-Plattform gestellt werden. Diese werden durch weitere Releases umgesetzt; ebenso werden die neuesten Versionen der Open-Data-Plattform installiert. So ist für Q4 2017 ein neues Release der Open-Data-Plattform geplant.

### **Weiterentwicklung Umfrageplattform**

Ausbau und Erweiterung der Basiskomponente für Online-Befragungen um neue Anforderungen und technische Erfordernisse.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Von LimeSurvey, dem Anbieter der Plattform, wurde ein neues Release zur Verfügung gestellt. Mit diesem Release wird eine Sicherheitslücke geschlossen und ein Template zur mobilen Nutzung der Plattform installiert. Die Installation des Releases wurde beauftragt und anschließend getestet. Die Abnahme durch das Statistische Amt steht noch aus. Für die neue Version ist ebenso eine Anpassung des LHM-Templates hinsichtlich des „look & feel“ erforderlich.

Weiterer Ausblick: Das neue Release wird nach Abnahme entsprechend in Produktion übernommen. Durch die Nutzung bei weiteren Referaten und Eigenbetrieben werden zusätzliche Anforderungen an die Umfrageplattform gestellt werden. Diese werden durch weitere Releases umgesetzt; ebenso werden die neuesten Versionen der Umfrageplattform in-

stalliert. So ist für Q4 2017 ein neues Release der Umfrageplattform geplant.

#### **1.1.6. Handlungsfeld 4 – Weitere stadtweite Verankerung von E- und Open-Government**

##### **Maßnahmen zur Verankerung von E-Government**

Die gesammelten Erfahrungen zeigen deutlich, dass E- und Open-Government kontinuierlich an Bedeutung zunimmt. Es gilt somit die E-/Open-Government-Aktivitäten dauerhaft strategisch auszurichten, professionell zu begleiten, Möglichkeiten zu erkennen, Initiativen zu ergreifen, übergreifende Aufgaben zu bündeln und auf eine konzeptionell fundierte Basis zu stellen, um eine breite Akzeptanz innerhalb der Verwaltung zu erreichen.

Die enge Begleitung der Referate und Eigenbetriebe ist substanziell, um die zeitnahe Umsetzung von Ergebnissen und Mehrwerten für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu gewährleisten.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Durch Präsentationen und Diskussionen auf LHM-internen Veranstaltungen wurden die Grundideen des Themas E-Government in den Referaten und Eigenbetrieben weiter etabliert. E-Government wurde in diesem Zug in der IT-Strategie der LHM beschrieben und verankert.

Weiterer Ausblick: Folgende Schwerpunkte werden im Jahr 2017 gesetzt:

- Weitere Ausarbeitung der E-Government Strategie insbesondere im Rahmen des Strategischen Umsetzungskonzepts
- Neuentwicklung einer E-Government-Architektur.
- Umsetzung eines Portalkonzepts zur Weiterentwicklung des OSP
- Weitere Verankerung in den Referaten/Eigenbetrieben u.
  - a. durch Vorstellung in städtischen Arbeitskreisen (z. B. Facharchitekten-Board) und bei lhm-weiten Veranstaltungen (z. B. Architektentage)

##### **Maßnahmen zur Verankerung von De-Mail**

Im Unterschied zu anderen elektronischen Kommunikationskanälen (z. B. E-Mail) erhalten Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen mit De-Mail die Möglichkeit, die Schriftform in geeigneten Fachverfahren elektronisch rechtssicher zu ersetzen.

Mit der erfolgten Zugangseröffnung werden die diesbezüglich formulierten Anforderungen aus dem BayEGovG erfüllt und der elektronische Zugang zur Stadtverwaltung erleichtert. Mit dem erweiterten Angebot an De-Mail Adressen ist auch mit einem An-

stieg der Nutzung durch Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen zu rechnen.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 1 und Stufe 2

Ergebnisse 2016: Im Rahmen einer stadtweiten Verankerung von De-Mail wurden bereits 30 De-Mail Adressen von den verschiedenen Referaten beantragt und eingerichtet. Für alle sonstigen Bürgeranfragen, die nicht an eine geeignete De-Mail Adresse gesendet werden, übernimmt der zentrale Telefonservice die Funktion der zentralen Anlaufstelle und verteilt die Anfragen entsprechend an die relevanten Fachbereiche.

Weiterer Ausblick: Folgende Schwerpunkte werden im Jahr 2017 gesetzt:

- Einrichtung weiterer De-Mail Adressen
- Maßnahmen zur breiteren De-Mail Nutzung durch das Aufzeigen von konkreten Nutzungsmöglichkeiten
- Erweiterung des Schulungsangebotes, um eventuelle Bedarfe der Referate abzudecken

### **Bürgerterminal (Betrieb, Bereitstellung und Serviceerstellung)**

Die Aufstellung von Bürgerterminals in der LHM wurde mit dem Einsatz von sechs Geräten der Fa. Friendlyway in den Jahren 2015 und 2016 pilotiert.

Die Terminals haben folgende Ausstattung:

- Hardware:  
Touchscreen, (Stahl-)Tastatur, Ausweislesegerät für den neuen Personalausweis (nPa)
- Software:  
Internetzugriff, beschränkt auf Internetseiten im Kontext München und auf Onlineserviceangebote der LHM

Langfristiges Ziel ist es, die Geräte überall dort aufzustellen, wo sie den Parteiverkehr entlasten und Münchner Bürgerinnen und Bürger informieren.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 1 und Stufe 2

Ergebnisse 2016: Betrieb:  
Derzeit sind fünf Geräte (KVR, PLAN, SOZ) in Räumlichkeiten der LHM im Einsatz und werden durch das eoGov-Projektteam betreut.  
Ein weiteres Terminal soll in den Räumlichkeiten der Stadtsparkasse München bereitgestellt werden. Dies befindet sich derzeit in Vorbereitung.

#### Bereitstellung:

In der zweiten Jahreshälfte 2016 wurde die Vergabe für einen Rahmenvertrag für weitere Bürgerterminals abgeschlossen. Den Zuschlag erhielt die Fa. OMC, mit der umgehend erste Gespräche hinsichtlich der Bereitstellung der Terminals geführt wurden.

#### Serviceerstellung

Zusammen mit it@M wird aktuell ein Service für den Einsatz und Betrieb der Geräte aufgebaut. Die Pilotierung des Service erfolgt unter Einbindung des SOZ, welches Anfang 2017 sechs weitere Bürgerterminals aufstellen möchte.

Weiterer Ausblick: Der nächste Schritt ist die Bereitstellung eines stadtweiten Services (voraussichtlich ab Mai 2017). Nach der Servicebereitstellung können die der Geräte durch die Referate abgerufen und anschließend aufgestellt und in Betrieb genommen werden.

### **Maßnahmen zur Verankerung von Open-Government**

Um eine breite Akzeptanz innerhalb der Verwaltung zu schaffen, werden im Rahmen dieser Maßnahme folgende strategische Maßnahmen ergriffen:

- Klärung grundsätzlicher Fragestellungen
- Einbindung von Open-Data in vorhandene Prozesse
- Redaktionelle Betreuung der Open-Data-Plattform
- Ausbau der Open-Data-Community

Darüber hinaus wurde im Beschluss „E-Government, Open-Government, Open-Data; Sachstandsbericht 2015, Ziele Open-Data und Auswertung von Studien“ mit VPA vom 13.04.2016 beauftragt, die Open-Data-Community zu fördern und Synergien mit Smart City zu nutzen.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Open-Data-Community fördern:

- Treffen zur Abstimmung und zum Austausch mit Vertreterinnen und Vertreter des RIS-Teams sowie des Community-Projektes „München Transparent“
- Kooperation mit Code for Munich
- Hackathon zum diesjährigen „Open Data Day“ am 05.03.2016 (Teilnahme von ca. 50 interessierten Bürgerinnen und Bürgern)
- „Open Government Tages 2016“ mit Vorträgen im Themenfeld „Open-Data“<sup>1</sup>:
- Twitter-Kanal @opendata\_muc ([https://twitter.com/opendata\\_muc](https://twitter.com/opendata_muc)) hier werden Informationen zu neuen Datensätzen und Hinweise auf interessante Links gepostet. Bisher wurden über 250 Tweets veröffentlicht, ca. 400 User folgen dem Kanal.<sup>2</sup>

#### Synergien mit Smart City nutzen

- Intensiver Austausch zwischen den Projekten Smarter together und Geodatenportal des Kommunalreferats bezüglich der Themen Open-Data und Geodaten.

<sup>1</sup> Die Präsentationen sind unter <http://www.muenchen.de/opengovernmenttage> abrufbar.

<sup>2</sup> Auch der Kanal [https://twitter.com/eogov\\_muc](https://twitter.com/eogov_muc) veröffentlicht Informationen zu Open-Data-Themen.



Weiterer Ausblick: Fortführung der Veranstaltungen in enger Abstimmung mit der Öffentlichkeitsarbeit.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Die Kommunikation mit und über alle Ebenen sowohl innerhalb der Verwaltung, zur Umsetzung der angestrebten Veränderungen, als auch in Richtung Politik, Partnerbehörden, IT-Community und Öffentlichkeit stellt einen wichtigen Baustein in diesem Handlungsfeld dar.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2 und Stufe 2a

Ergebnisse 2016: Neben zahlreichen Veröffentlichungen im IT-Blog-München, im Internet und Intranet der LHM sind folgende Maßnahmen hervorzuheben:

- **Open Government Tag 2016:**  
In seiner vierten Auflage fand 2016 erneut der „Open Government Tag München“ statt. Über 180 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft trafen sich zum Informations- und Erfahrungsaustausch zu unterschiedlichen Themen rund um das Thema „Open-Government“ im Alten und Neuen Rathaus. Schwerpunkte waren dieses Jahr Partizipation, Transparenz, Bürgerkommunikation, Digitalisierung und Open-Data.
- Der IT-Blog München wurde technisch aktualisiert und das Layout verbessert. Wesentliche Artikel hatten wenige Tage nach Veröffentlichung mehr als 1.000 Leser erreicht. Die Reichweite des Blogs konnte erheblich gesteigert werden.
- In den sozialen Medien konnten die Kanäle des eoGov-Projekts ihre Abonnentenzahlen in 2016 verdoppeln. Vor allem die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern wurde ausgebaut.

Weiterer Ausblick: Auch 2017 wird die Öffentlichkeit über die Tätigkeiten im Rahmen des Projektes informiert. Vor allem die Social Media Aktivitäten werden zusammengeführt und forciert. Weiterhin soll auf Basis eines Marketingkonzepts die Bekanntheit und die Nutzung der Online-Services gesteigert werden.

Darüber hinaus sind folgende Veranstaltungen geplant:

- Hackathon zum „Open Data Day“ 2017
- Open Government Tag 2017
- Eine Ergänzung dieser Veranstaltungen durch ein offenes Format (z. B. Barcamp) ist für Q1 2017 geplant.

### 1.1.7. Fachliche Querschnittsthemen

Fachliche Querschnittsthemen haben Auswirkungen für die Verwaltungsprozesse verschiedener Referate und umfassen wichtige Grundfunktionen im Bereich E- und Open-Government. Die folgenden Themen werden federführend von den zuständigen Referaten verantwortet und vom eoGov-Projekt unterstützt.

#### **Vorbereitung einer stadtwweit einheitlichen Bezahlplattform**

Als wichtiges Themenfeld wurde ePayment mit der fachlichen Zuständigkeit bei der Stadtkämmerei für das Themenfeld Online-Bezahlungsfunktionen identifiziert.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Im Rahmen des ePayment-Projektes in der SKA wurde ein Fachkonzept für die zusätzliche Zahlart „Online-Laschrift“ einschließlich der damit verbundenen automatisierten Verbuchung der Zahlungseingänge (Verbuchungsschnittstelle) erstellt. Die Erstellung dieses Fachkonzepts fand in enger Abstimmung zwischen der SKA und dem eoGov-Projekt statt. In diesem Zusammenhang ist die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Projekt „ePayment“ im SKA hervorzuheben.

Weiterer Ausblick: Die Realisierung der Verbuchungsschnittstelle wird 2017 abgeschlossen und soll dann in den entsprechenden Referaten zum Einsatz kommen. Damit soll der manuelle Aufwand im Rahmen der Verbuchung deutlich reduziert werden. Darüber hinaus werden weitere Bezahlarten fachlich analysiert und auf ihre Einsatzmöglichkeiten innerhalb der LHM untersucht.

#### **Erstellung eines Konzepts für das GeoPortal München inkl. Geodateninfrastruktur**

Mit dem eoGov Beschluss Stufe 2 wurde die Erstellung eines Beschlusses zu diesem Thema beauftragt. Die Beschlussvorlage wurde in der Vollversammlung am 28.09.2016 behandelt und durch den Stadtrat verabschiedet. Damit wurden die erforderlichen Ressourcen zur Erstellung eines neuen Geodatenportals bereitgestellt.

Beauftragung: eoGov-Beschluss Stufe 2

Ergebnisse 2016: Zur Vorbereitung des Stadtratsbeschlusses wurde im Januar 2016 die prototypische Umsetzung des GeodatenService München (it@M und SWM) gestartet. Hierbei wird eine Online-Anwendung für die Branddirektion zur Einsatzplanung bei Großveranstaltungen umgesetzt. Nach Beschluss startete das Projekt Ende 2016 in Eigenverantwortlichkeit des Kommunalreferats und enger Abstimmung mit dem eoGov-Projekt. Der „Hamburger Viewer“ ist

dabei als Komponente geplant. Hierzu schließt GeoDaten-Services eine Verwaltungsvereinbarung mit Hamburg. Aktuell wurde eine Vorstudie zur Evaluierung der Anbindung des Open-Data-Portals an die zukünftige Geodatenportallösung beim zuständigen Dienstleister des Open-Data-Portals in Auftrag gegeben.

Weiterer Ausblick: Auf Basis der Ergebnisse der Vorstudie soll in 2017 die Schnittstelle zum Open-Data-Portal beauftragt werden.

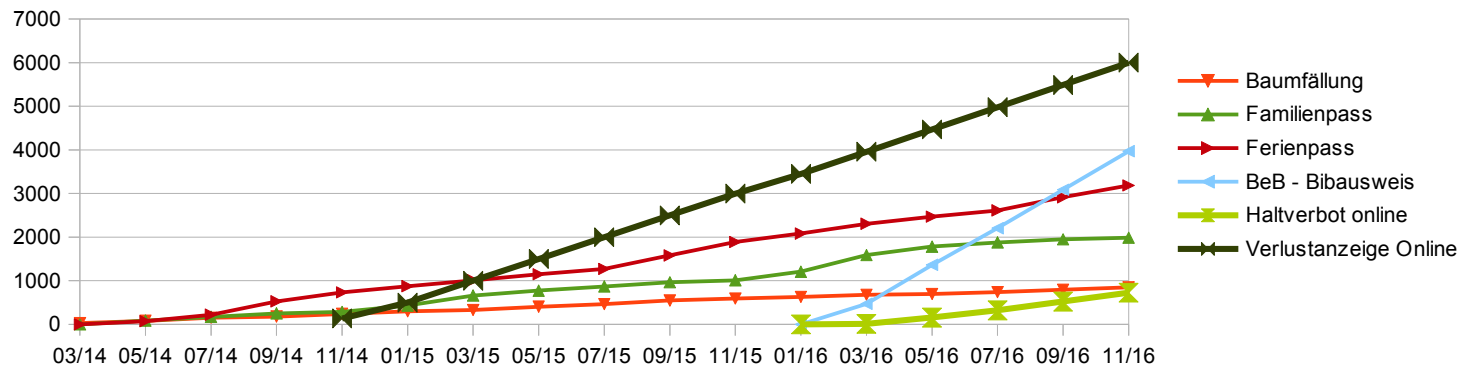
## 1.2. Nutzungszahlen

Seit der Einführung des OSP am 08.11.2013 wurden unterschiedliche Maßnahmen den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt. Nach nun über dreijährigem Einsatz können weitere vergleichende Aussagen zur Nutzung jeweils im Jahresvergleich gemacht werden. Dies schafft die Voraussetzung für eigene Analysen und die Ableitung von unterstützenden Maßnahmen bzw. für die Ermittlung von Hinderungsgründen für eine breitere Nutzung.

Die folgenden Zahlen stellen die Nutzung dieser einzelnen Maßnahmen und Dienste dar:

Maßnahme	Go live	Gesamt Online	2014			2015			2016 (30.11.2016)		
			Anzahl Online	Gesamtanzahl (On- und Offline)	Anteil Online	Anzahl Online	Gesamtanzahl (On- u. Offline)	Anteil Online	Anzahl Online	Gesamtanzahl (On- u. Offline)	Anteil Online
Bibliotheksausweis online	25.01.16										
abgeschl. Zahlungen		4.441	-	-	-	-	-	-	4.441	k. A.	k. A.
Umsatz in EUR		59.901	-	-	-	-	-	-	59.901	k. A.	k. A.
Verlustanzeige Online	14.10.14	3.448	498	2.971	17%	2.950	5.319	55%	2.810	7.854	37%
Ferienpass <sup>3</sup>	05.03.14	2.913	527	16.825	3%	1.053	16.433	6,4%	1.333	k. A.	k. A.
Familienpass	05.03.14	1.986	315	8.346	4%	718	7.970	9%	953	k. A.	k. A.
Haltverbot Online	19.01.16	851	-	-	-	-	-	-	851	ca. 10.000	8,5%
Baumfällung	31.10.13	848	297	ca. 3.000	10%	332	ca. 3.000	11%	219	ca. 3.000	7%

Die folgende Graphik gibt eine Übersicht über die Nutzungszahlen der Services:



<sup>3</sup> Die Verkaufszahlen des Ferienpasses beziehen sich auf den jeweiligen Verkaufszeitraum. Dieser erstreckt sich dem Schuljahr und erstreckt sich von Oktober – August.

Die folgenden Zahlen stellen die Nutzung der Newsletterplattform dar:

Newsletter	Go live	Gesamt	Anzahl 2014	Anzahl 2015	Anzahl 2016 (30.11.16)
Rathausumschau	08.11.16	4.905	-	-	4.905
Karrierenewsletter	25.02.14	12.576	6.183	5.075	1.336
Newsletter RGU	15.11.14	1.514	510	609	395
Newsletter Bauzentrum	14.11.14	8.695	7.424	697	574
Newsletter PLAN					
Referat für Stadtplanung und Bauordnung	09.06.15	1.572	k.A.	541	1.031
Ehemalige Bayernkaserne	09.06.15	1.012	k.A.	575	437
Entwicklung im Münchner Nordosten	09.06.15	1.369	k.A.	835	534

Mit der Veranstaltungsplattform wurde eine effektive und gut nutzbare Basiskomponente zur Buchung von Veranstaltungsplätzen geschaffen. Die folgenden Zahlen stellen die Nutzung der Veranstaltungsplattform für unterschiedliche Einsatzgebiete dar:

Veranstaltungsplattform	Go live	Online Buchungen 2015	Online Buchungen 2016 (Stand: 30.11.16)	Anmerkungen
Online Anmeldung Ferienaktionen SOZ	01.01.15	1.177	1.463	Gebuchte Plätze gesamt: 3.185 Anteil der Onlinetickets (inkl. Warteliste): 73% Anteil der Telefontickets: 27%
Veranstaltungen RAW	15.06.15	532	567	Bisher 3 Veranstaltungen
Veranstaltungen extern SOZ	21.12.15	18	2.086	
Veranstaltungen intern SOZ	26.04.16	-	1.592	
Veranstaltungen MSE	23.03.16	-	464	1 Veranstaltung in 2016
Veranstaltungen RGU	26.09.16	-	712	1 Veranstaltung in 2016 („Nacht der Umwelt“)
Veranstaltungen GST	04.07.16	-	385	1 Veranstaltung in 2016

Wie die Zahlen verdeutlichen, ist im Allgemeinen ein Anstieg der Nutzung der Online Dienste der LHM auf den bereitgestellten Plattformen zu erkennen. In einigen Fällen hat sich der Anteil von konventionellen Kommunikationswegen deutlich auf die Online-Services verlagert.

Bei den Maßnahmen, die aktiv von den Referaten/Eigenbetrieben beworben werden (z. B. Ferien-/ Familienpass), ist der Anstieg am deutlichsten sichtbar. Ebenso ist erkennbar, dass bei Maßnahmen, bei denen die Online Variante einen Mehrwert für die

Bürgerinnen und Bürger darstellt (z. B. Verlustanzeige online → Nutzung rund um die Uhr, keine Vor-Ort-Präsenz erforderlich zur Meldung), am stärksten genutzt werden. Wichtig ist zudem der Vergleich der Online-Nutzung mit der Gesamtzahl der Fälle für den jeweiligen Verwaltungsdienst.

Die steigenden Nutzungszahlen spiegeln sich auch an der zunehmenden Anzahl der Bürgeranfragen zu den Themen E- und Open-Government im Gruppenpostfach des eoGov-Projektes wider.

### 1.3. Bearbeitung von Stadtratsanträgen

Im Laufe des Jahres 2016 wurden folgende Stadtratsanträge durch das eoGov-Projekt bearbeitet:

Nr.	Antrag	beantragt von	beantragt am	Antrags-Nr.	Status
1	„Die fetten Jahre sind vorbei IV. Einsparungen im dreistelligen Millionenbereich durch Digitalisierung und E-Government realisieren“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	01.12.2015	14-20/A01630	aufgegriffen
2	„Einführung einer Mängel-„Melde-App“ für die Landeshauptstadt München“	Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung	17.08.2015	14-20/A01320	abgeschlossen
3	„OpenData-Hackday München: Offene Daten in nützliche Apps verwandeln“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	23.09.2015	14-20/A01386	abgeschlossen
4	„E-Brief auch für die Stadtverwaltung“	SPD	01.09.2016	14-20/A02425 14-20/V07382	abgeschlossen
5	"Mängel per App melden" App zur besseren, direkteren Kommunikation der BürgerInnen mit der LHM“	Bezirksausschuss 18	14.07.2016	14-20/B02848	abgeschlossen
6	„Toiletten- App für München“	CSU	20.11.2015	14-20/A01555	abgeschlossen
7	Antragspaket „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen ...“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016		
7.1	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 1: München wird E-Government-Hauptstadt“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02574	In Zusammenhang mit der Umorganisation der IT
7.2	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 2: Online-Dienste von anderen Kommunen testen und auf München übertragen“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02575	Behandlung (s. Teil B)
7.3	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 3: Stärkung des E-Government durch Kompetenzbündelung an einer Stelle und klarer	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02576	In Zusammenhang mit der Umorganisation der IT

Nr.	Antrag	beantragt von	beantragt am	Antrags-Nr.	Status
	Priorisierung der Vorhaben“				
7.4	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 4: Barcamp zu E-Government in München organisieren“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02577	Behandlung (s. Teil B)
7.6	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 6: Wissenschaftliche Begleitung des E-Government-Prozesses“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02579	eoGov Stufe3
7.7	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 7: Städte entwickeln Services gemeinsam“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02580	eoGov Stufe3
7.10	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 10: Von der intelligentesten Stadt Europas lernen“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02583	Behandlung (s. Teil B)
7.11	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 11: Ein Online-Innovationsportal für München nach dem Motto: Wir haben 1,5 Millionen Gehirne. Nutzen wir sie!“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	20/A02584	In Zusammenhang mit der Umorganisation der IT
7.12	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 12: Veranstaltungsanmeldung online“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02585	eoGov Stufe3
7.13	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 13: Open Data in München kostenfrei anbieten	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02586	Behandlung (s. Teil B)
7.14	„Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 14: Gutachten der Konrad Adenauer Stiftung zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Open Data vorstellen“	Bündnis 90/Die Grünen/RL	25.10.2016	14-20/A02587	eoGov Stufe3
8	Stadtratsantrag SPD vom 08.12.2016 „München analog digital: 20 unter 20.000 Euro“	SPD	08.12.2016	14-20/A02717	Behandlung (s. Teil B)



#### **1.4. Kostenbetrachtung**

Das Gesamtprojekt E- und Open-Government Stufe 2 und 2a bewegt sich in dem vorgegebenen Budgetrahmen. Insbesondere das in diesem Projekt zur Verfügung gestellte Budget und damit verbundene Umsetzungskapazitäten für die Durchführung einzelner kurzfristiger Maßnahmen haben sich als sehr hilfreich für eine schnelle und unbürokratische Umsetzung neuer Angebote für weitere Fachdienststellen auf Grundlage der bereitgestellten Basiskomponente erwiesen.

#### **1.5. Ausblick**

Bereits heute zeichnet sich jedoch ab, dass die Nachfrage der Referate und Eigenbetriebe nach Einführung der bereitgestellten Basiskomponenten höher als die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und verfügbaren Ressourcen ist. Zudem generiert der Erfolg neue Anforderungen, die sich in neuen Releases niederschlagen. Die Ressourcen für den Roll-Out der bestehenden Lösungen und die kontinuierliche Weiterentwicklung konkurrieren mit den Ressourcen für die Bereitstellung neuer Entwicklungen und Basiskomponenten. In diesem Spannungsfeld bewegt sich derzeit das eoGov-Team, das es mit der Beschlussvorlage „eoGov Stufe 3“ aufzulösen gilt.

Darüber hinaus gilt es, die Öffentlichkeitsarbeit nach innen und nach außen zu verstärken und die Auffindbarkeit der Dienste zu verbessern. Ebenso müssen für Referate und Eigenbetriebe Anreize geschaffen werden, bei der Digitalisierung der Verwaltung aktiv mitzuwirken.

Dies setzt jedoch voraus, dass das eoGov Team ein mit allen Beteiligten abgestimmtes Zielbild entwickelt, wie sich das E- und Open-Government der LHM zukünftig aufstellen wird. Dieses Zielbild wird das eoGov-Team in 2017 mit aller Kraft vorantreiben.

## **Teil B: Stadtratsanträge**

### **2. Einleitung**

Die folgenden Kapitel beantworten vier Stadtratsanträge der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL aus der Sitzung vom 25.10.2016 sowie einen Stadtratsantrag der SPD Stadtratsfraktion aus der Sitzung vom 08.12.2016.

### **3. Beantwortung der Stadtratsanträge**

#### **3.1. Stadtratsantrag „Online-Dienste von anderen Kommunen testen und auf München übertragen“ (14-20/A02575)**

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL hat mit dem Antrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 2: Online-Dienste von anderen Kommunen testen und auf München übertragen“ (Antragsnummer 14-20/A02575) vom 25.10.2016 folgendes beantragt:

*Die Verwaltung prüft, welche Online-Dienste von anderen Kommunen (insbesondere jene, die in der Studie „E-Government in Deutschland – Eine Bürgerperspektive“ als vorbildhaft erwähnt sind) auf München übertragbar sind. Dabei sollen u.a. im Fokus stehen:*

- *Gewerbe online an- und abmelden (z.B. in Gütersloh, Berlin, Wuppertal, Wien)*
- *Aufenthalts- und Meldebescheinigungen online (Nürnberg, Gladbeck)*
- *Termine online in allen Bereichen vereinbaren (Berlin)*
- *Überprüfung, ob Formulare für wichtige Lebenslagen, welche durch andere gesetzliche Ebenen (z.B. Elterngeld) geregelt werden, überall korrekt verlinkt sind (Berlin, Bonn, Düsseldorf, Hamburg)*
- *Die E-Government-Dienste von Wien („Virtuelles Amt“) und Salzburg im Allgemeinen*

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

*E-Government ist in aller Munde. Weltweit machen sich Kommunen, Regionen und ganze Staaten auf, um immer mehr Services online anzubieten. Auch im deutschsprachigen Raum gibt es, von Kommune zu Kommune verschieden, viele Best-Practice-Modelle für Online-Bürgerdienste. Dieses durchaus große Potential sollte die Stadt München nutzen. Getreu dem Motto, dass das Rad nicht immer neu erfunden werden muss, kann die Stadt viel von der Vorarbeit anderer Kommunen profitieren. Nicht jedes Angebot passt immer eins zu eins auf die Münchner Bedürfnisse, jedoch sind viele Städte schon viele Wege gegangen, welche sich die Stadt München unbedingt ansehen sollte. Eine Auseinandersetzung mit dem Angebot anderer Kommunen bietet zudem immer die Möglichkeit, das eigene Portfolio kritisch zu hinterfragen und Verbesserungen zu initiieren.*

*In der Studie „E-Government in Deutschland – eine Bürgerperspektive“ werden z. B. < viele vorbildliche Angebote aus deutschen Kommunen vorgestellt. Berlin, Düsseldorf, Hamburg, und Bonn schneiden übrigens in diesem Vergleich besser ab als München.*

Analog zu der Antragsbegründung fordert auch das neue Bayerische E-Government-Gesetz (BayEGovG) angesichts gemeinsamer Herausforderungen, neuer technischer Möglichkeiten und knapper öffentlicher Mittel zur behördenübergreifenden Kooperation bei Entwicklung, Einsatz und Betrieb von elektronischen Verwaltungsdiensten und Infrastrukturen auf und unterstreicht die mit diesem Antrag geforderte Hebung von Synergien.

Um die Bereitstellung von neuen eoGov-Diensten zu beschleunigen, wird grundsätzlich geprüft, ob Lösungen von anderen Kommunen und Organisationen übernommen werden können oder ob adäquate Lösungen am Markt zur Verfügung stehen. Diese Vorgehensweise wurde auch auf die im Antrag aufgeführten Dienste angewandt. Der aktuelle Stand stellt sich dar wie folgt:

**Gewerbe online an- und abmelden** (z. B. in Gütersloh, Berlin, Wuppertal, Wien)

Die Bereitstellung der Online-Dienste „Gewerbe online an- und abmelden“ wurde bereits ausführlich mit dem Fachbereich behandelt. Grundsätzlich ist die Online-Abmeldung von Gewerben als Online-Dienst vorstellbar. Die Online-Anmeldung ist jedoch aufgrund Ihrer Komplexität und der prognostizierten hohen Anzahl an Fehlzuordnungen im Antragsprozess momentan vom Fachbereich nicht gewünscht, da keine Arbeitsentlastung zu erwarten ist.

**Aufenthalts- und Meldebescheinigungen online** (Nürnberg, Gladbeck)

Im Rahmen der EWO-Online-Dienste wurde folgende Bürgerservice-Portal-Dienste bei der AKDB, als Aufsatz zu dem im Einsatz befindlichen Fachverfahren OK.EWO eingekauft.

- Antrag Führungszeugnis
- Antrag **Aufenthaltsbescheinigung**
- Antrag **Meldebestätigung / Meldebescheinigung**
- Antrag Statusabfrage Ausweispapiere
- Antrag Übermittlungssperre
- Antrag Umzug innerhalb der Stadt
- Voranzeige einer Anmeldung /Bürger-VAMS
- Antrag Briefwahlunterlagen
- Antrag Auskunft Gewerbezentralregister
- Fachdienste medienbruchfreie Außerbetriebsetzung

Die im Antrag benannten Onlinedienste „Antrag Aufenthaltsbescheinigung“ und „Antrag Meldebescheinigung“ sind im Lieferumfang der EWO-Online-Dienste enthalten. Der Onlinedienst „Antrag Meldebescheinigung“ befindet sich aktuell in der Einführung - in enger Abstimmung mit dem Fachbereich; der Onlinedienst „Antrag Aufenthaltsbescheinigung“ wurde bislang vom Fachbereich nicht freigegeben.

**Termine online in allen Bereichen vereinbaren** (Berlin)

Der Onlinedienst Terminvereinbarung ist seit 2015 im Pilotbetrieb bei der KFZ-Zulassungsstelle des KVR und wird aktuell in der Ausländerbehörde eingeführt. Im Dezember 2016 wurde die Beschaffung weiterer 400 Lizenzen für den Einsatz im KVR veran-

lasst. Sobald dem eoGov Team die konkreten Anforderungen weiterer Referate und Eigenbetriebe -verbunden mit einem Einführungsplan- vorliegen, wird die Beschaffung einer stadtweiten Lizenz beauftragt. Die dafür notwendigen Mittel wurden bereits mit dem eoGov-Beschluss Stufe 2 beantragt.

**Überprüfung, ob Formulare für wichtige Lebenslagen, welche durch andere gesetzliche Ebenen (z.B. Elterngeld) geregelt werden, überall korrekt verlinkt sind** (Berlin, Bonn, Düsseldorf, Hamburg)

Die Verlinkung einzelner Formulare muss im Dienstleistungsfinder erfolgen und liegt im Verantwortungsbereich der Referate und Eigenbetriebe. Im Kontext der Verankerung von E- und Open-Government in der Stadtverwaltung wird das eoGov-Projekt diese Thematik ansprechen und die korrekte Verlinkung einfordern.

**Die E-Government-Dienste von Wien („Virtuelles Amt“) und Salzburg im Allgemeinen**

Im Rahmen der Vorarbeiten zum strategischen Umsetzungskonzept, welches mit dem eoGov-Beschluss Stufe 2a beauftragt wurde (s. hierzu auch Teil A), wurde bereits eine Übersicht möglicher eoGov-Dienste, aufgeteilt nach Referaten und Eigenbetrieben der LHM zusammengestellt. Basis für diese Zusammenstellung waren die Recherche der Dienstleistungsangebote anderer Großstädte wie Berlin, Köln, Hamburg sowie die Studien „Positivistische elektronische Prozesse, Umsetzungsmöglichkeiten von E-Governmentprozessen von VITAKO, der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. vom Juni 2012 sowie eine Analyse des Dienstleistungsangebotes der AKDB.

Diese Übersicht soll Anfang 2017 um die Rechercheergebnisse der E-Government-Dienste von Wien („Virtuelles Amt“) und Salzburg im Allgemeinen ergänzt werden. Sie dient als Diskussionsgrundlage für die Gespräche mit den Fachbereichen über die Maßnahmen, die im Rahmen des Umsetzungskonzeptes aufzunehmen und zu bewerten sind.

Parallel zur permanenten Marktbeobachtung und -Analyse findet bereits seit geraumer Zeit (seit eoGov Stufe 2) ein intensiver Austausch mit anderen bayerischen Kommunen wie Nürnberg, Augsburg – aber auch überregional mit Hamburg, Dortmund und Köln statt. Daneben gibt es Gespräche mit dem zuständigen Ministerium zu Entwicklungen im Freistaat, insbesondere im Kontext Bayern-Portal und der generellen Förderung der kommunalen Zusammenarbeit.

**Fazit:**

Inhaltlich setzt das eoGov-Team den Stadtratsantrag bereits vollumfänglich um oder geht die Punkte gerade an. Es ist stets darauf bedacht, die „Best Practices“ aus anderen Kommunen und Erkenntnisse aus Studien bei der Planung und Umsetzung des Münchner E- und Open-Governments zu nutzen und verfolgt den Ansatz bereits seit mehreren Jahren. Viele Punkte des vorzuliegenden Stadtratsantrags sind bereits heute in Bearbeitung, bzw. in Umsetzung; oder sogar bereits im Einsatz.

### **3.2. Stadtratsantrag „Barcamp zu E-Government in München organisieren“ (14-20/A02577)**

Im Rahmen des Antragspakets „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen“ wird im Antrag 04 „Barcamp zu E-Government in München organisieren“ (Antragsnummer 14-20/A02577) die Stadtverwaltung wie folgt aufgefordert, ein BarCamp zu E-Government in München durchzuführen:

*Die Stadtverwaltung führt ein Barcamp nach Gov 2.0 (<http://www.gov20.de/> mit Unterstützung des Bundesministeriums des Inneren), bzw. der Städte Wien oder Wellington (Neuseeland) zum Thema E-Government durch. Hierbei werden sowohl TeilnehmerInnen aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien als aber auch gezielt junge Menschen angesprochen. Die Ergebnisse des Barcamps werden dem Stadtrat vorgestellt.*

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

*Ein Barcamp entspricht vom Design einer Konferenz. Jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, dass alles etwas offener ist. Die Kleidung legerer, die Diskussionen in keinsten Weise gedeckelt, die Möglichkeiten neue Themen anzusprechen sind immer da. Ein solches Format bietet sich, in Zusammenspiel mit den bereits vorhandenen Open-Government-Tagen, gerade zu an, um das Thema E-Government aus den verschiedensten Blickrichtungen zu beleuchten. Kommen bei den traditionellen Konferenzen vor allem Menschen aus Verwaltung und Wissenschaft zu Wort, so können hier ganz unterschiedliche Zielgruppen angesprochen und erreicht werden. Gerade jüngere Menschen, für welche das Nutzen von E-Angeboten eine Selbstverständlichkeit ist, können auf diese Weise miteinbezogen werden und ein Stück weit die Zukunft des digitalen Angebots der Stadt gestalten.*

Am 20./ 21. 01.2011 wurde im Rahmen des MOGDy-Projektes ein Barcamp von der LHM erstmalig durchgeführt und die Ergebnisse entsprechend präsentiert. Analoge Formate zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, sowie Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Forschung und der IT-Community wurden im Rahmen des E-/Open-Government Projekts seit 2013 entwickelt und punktuell in verschiedene Veranstaltungen – mit vorgegebenen Themenschwerpunkten - umgesetzt.

Wikipedia definiert ein Barcamp in folgender Weise:

„Ein Barcamp (häufig auch BarCamp, Unkonferenz, Ad-hoc-Nicht-Konferenz) ist eine offene Tagung mit offenen Workshops, deren Inhalte und Ablauf von den Teilnehmern zu Beginn der Tagung selbst entwickelt und im weiteren Verlauf gestaltet werden. Barcamps dienen dem inhaltlichen Austausch und der Diskussion, können teilweise aber auch bereits am Ende der Veranstaltung konkrete Ergebnisse vorweisen (z. B. bei gemeinsamen Programmierworkshops).“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Barcamp>)

Die wichtigsten Barcamps zum Thema Open- bzw. E-Government im deutschsprachigen Raum waren bisher:

- gov20 Berlin 2010 und 2011
- Barcamp Offene Kommunen.NRW (jährlich)
- Wien GovCamp (jährlich)

Die Durchführung eines aktuellen Barcamps war bereits angedacht und soll 2017 in dreifacher Ausführung umgesetzt werden:

- Am 04.03.2017 im Rahmen des weltweiten „Open Data Days“. Wie bereits im letzten Jahr veranstaltet die LHM zusammen mit der OKF – Open Knowledge Foundation – bzw. dem OK Lab München und anderen einen Open-Data-Hackathon. Dies ist eine spezielle Form eines Barcamps mit dem Schwerpunkt Programmierung und Entwicklungen von kleinen Programmen und Anwendungen.
- Im Frühjahr 2017 ein Barcamp zum Themenfeld E-Government, aber auch Open-Government und Smart City. Alle drei Themenfelder lassen sich kaum voneinander trennen.
- Basierend auf den Erfahrungen mit dem Format eines Barcamp wird geprüft, den im Herbst 2017 traditionell stattfindenden Open Government Tag um dieses partizipative Element zu ergänzen.

**Fazit:**

Dem Antrag wird in 2017 Rechnung getragen. Die Ergebnisse und Erfahrungen aus diesem Beteiligungsprozess werden in den E-/Open-Government Beschluss Stufe 3 (geplant für Q3/4 2017) einfließen und im Jahresbericht zu E-/Open-Government 2017 dargestellt.

**3.3. Stadtratsantrag „Von der intelligentesten Stadt Europas lernen“ (14-20/A02583)**

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL hat mit dem Antrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 10: Von der intelligentesten Stadt Europas lernen“ (Antragsnummer 14-20/A02583) vom 25.10.2016 folgendes beantragt:

*Die Stadtverwaltung stellt dem Stadtrat vor, wie die spanische Stadt Santander digitale Daten (die größtenteils durch Sensoren erhoben werden) und Technik für einen besseren Service und höhere Energieeffizienz nutzt, und unterbreitet Vorschläge, welche dieser Angebote auch in München umsetzbar wären.*

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

*Die spanische Stadt Santander ist laut ARD-Weltspiegel „die intelligenteste Stadt Europas“ <http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/santander-spanien-smart-100.html>). In Santander wurde über eine Vielzahl von Maßnahmen erreicht, dass die Stadt ihre Energiekosten drastisch senken konnte, die Parkraumbewirtschaftung effizienter läuft und*

*Ressourcen wie Wasser geschont werden. Dadurch spart sich die Stadt Santander einerseits viel Geld und wurde andererseits zu einem Leuchtturm im Bereich der Smart Cities. Maßnahmen die in Santander ergriffen wurden sind u.a.*

- *Mülltonnen, die selbst melden, wenn sie voll sind*
- *Rasensprenger, die automatisch in Gang gesetzt werden, wenn Sensoren trockenen Boden melden*
- *Sensoren, die über die Parkplatzsituation in der Innenstadt informieren*

*All diese Möglichkeiten könnten auch in München genutzt werden. In Zeiten, in denen schwierige Haushaltsjahre drohen, können solche Maßnahmen ein sehr sinnvoller Weg sein, um Finanzen und Ressourcen zu schonen. Gleichzeitig erreicht die Stadt Santander durch dieses System eine gewisse Steuerungshoheit, welche den BürgerInnen Verlässlichkeit signalisiert. Die Stadt ist in der Lage, die Systeme schnell zu modifizieren, sie an- und abzuschalten, Fehler zu beheben und neue Effizienzvorschläge einzuspeisen.*

Grundsätzlich ist es für eine Großstadt wie München von erheblichem Interesse, die Entwicklung und das Angebot an Dienstleistungen anderer Städte zu verfolgen und aus deren Erfahrungen zu lernen.

**Deutschlandweit** steht die Stadtverwaltung in regelmäßigem Austausch mit Kommunen über die KGSt oder den bundesweiten bzw. bayerischen Städtetag. Auch pflegt München im Themenfeld E-/Open-Government den direkten Informationsaustausch mit Großstädten wie Hamburg, Berlin, Köln bzw. bayerischen Großkommunen wie Nürnberg oder Augsburg und strebt Kooperationen mit diesen an.

Im **europäischen Kontext** gibt es die Zusammenarbeit mit Wien – in der Vergangenheit auch Tallinn – und den Informationsaustausch in EUROCITIES in verschiedenen Bereichen.

Mit der Beteiligung am EU-Förderprogramm „Horizon2020“ und dem Start des EU-Projektes „Smarter Together“ im Februar 2016 wurden gemeinsam mit den Städten Wien und Lyon umfassende Maßnahmen im Thema „Smart City“ begonnen.<sup>4</sup> Die Projektlaufzeit endet im Januar 2021.

Die in dem Pressebericht genannte Stadt **Santander** ist eine 35 km<sup>2</sup> große Küstenstadt im Norden Spaniens (Region Kantabrien) mit ca. 175.000 Einwohnern und umfasst damit etwa ein Zehntel der Größe Münchens (Fläche: 310.71 km<sup>2</sup>, ca. 1,5 Mio Einwohner<sup>5</sup>). Ergebnisse aus der Informationsrecherche im Internet über die durchgeführten Maßnahmen und die erarbeiteten Lösungen sind in den folgenden Abschnitten beschrieben. Hier liegt der Schwerpunkt im Bereich Smart City, Sensorik und Internet of Things. Eine Kontaktaufnahme und ein direkter Austausch mit der Stadt

---

<sup>4</sup> Siehe Beschlussvorlagen „EU-Projekt Smarter Together Förderantrag zum geplanten Smart Cities and Communities Leuchtturm Projekt im EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizon 2020“ Antragsnummer 14-20/V03027 bzw. Antragsnummer 14-20/V03949

<sup>5</sup> <http://www.muenchen.de/sehenswuerdigkeiten/muenchen-in-zahlen.html>

Santander ist bislang noch nicht zustande gekommen, ist aber in 2017 vorgesehen. Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung an den Stadtrat zu E- und Open-Government wird entsprechend berichtet.

### **Themenbereich Smart City**

Durch das Projekt „SmartSantander“ gilt Santander als die europaweit am besten vernetzte Stadt und einzige „Smart City“ weltweit. Von der Idee bis zur Umsetzung dieses Projektes bedurfte es 7 Jahre Entwicklungszeit, einer Förderung der EU in Höhe von insgesamt 8,7 Millionen Euro sowie finanzieller Unterstützung von internationalen Universitäten. Nur ein Bruchteil (0,5 Mio Euro) der Gesamtkosten investierte die Stadtverwaltung Santanders selbst. Kosten zu Reparatur, Instandhaltung und Betrieb der IT-Lösung sind aktuell nicht beziffert.

Schwerpunkt von „SmartSantander“ ist die Digitalisierung und Vereinfachung des großen Spektrums an Aufgaben, das eine Stadtverwaltung täglich bewältigen muss. Zudem soll auch das Alltagsleben der Bürger vereinfacht werden. Die Forschung und die Durchführung des Projektes führt die Universität von Kantabrien in Zusammenarbeit mit dem spanischen Netzanbieter Telefonica durch.

Hierfür wurden stadtweit 12.000 Sensoren an Hauswände, Laternenmasten, Busdächer und sogar unten den Asphalt angebracht. Sie senden täglich bis zu 150.000 Daten an das Kontrollzentrum der Universität von Kantabrien. Die Übermittlung der Daten erfolgt im Abstand von wenigen Minuten per Funk zu nahegelegenen Knotenpunkten, den sog. „Gateways“. Diese senden die Informationen entweder über das Mobilfunknetz oder über eine fest verkabelte Internetverbindung an einen Zentralrechner.

Der in der Begründung zum Antrag referenzierte Pressebericht zu Santander adressiert im Schwerpunkt derartige Maßnahmen zu „Smart City“.

Ähnliche innovative Ideen werden auch im o.g. EU Projekt „Smarter Together“ bearbeitet. So ist im Münchner Projektgebiet „Freiham/Neuaubing-Westkreuz“ die Pilotierung einer innovativen Infrastruktur als Blaupause für die „Smart City“ vorgesehen, die sich mit folgenden Inhalten befasst:

- Errichtung „intelligenter Lichtmasten“ für die Nutzung von Sensoren/Aktoren
- Aufbau einer Kommunikationsinfrastruktur (freies WLAN durch „M-WLAN“)
- Aufbau einer Smart-Data-Plattform zur Sammlung von Bewegungsdaten unter Berücksichtigung des Datenschutzes
- Entwicklung innovativer Lösungen zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger sowie für Verwaltung und Unternehmen

Auch das Thema adaptive Beleuchtung wird im Rahmen des Projektes betrachtet und die Effizienz dieser Maßnahmen im Detail analysiert. Dies geschieht in ausgewählten Bereichen mit LED-Technik, aber auch bei konventionellen Leuchten, die mit der entsprechenden Sensorik ausgestattet sind.

Daneben werden auch die Bereiche Energie und Mobilität betrachtet.



### **Themenbereich E-Government**

Die Betrachtung und Verfolgung von E-Government Aktivitäten und Angebote konzentrierte sich bislang hauptsächlich auf deutsche Städte und Kommunen sowie das deutschsprachige Ausland, d. h. Österreich, Schweiz, Lichtenstein (→ DACHLi). Neben der leichteren Zugänglichkeit aufgrund der deutschen Sprache zeichnen sich diese Länder vorrangig durch ähnliche Verwaltungskulturen und damit einer relativ guten Vergleichbarkeit aus. Diesen Sachverhalt macht sich auch der eGov Monitor zunutze, der im deutschsprachigen DACHraum vergleicht und Benchmarks liefert, an denen sich das eoGov-Team orientiert. Bereits auf dieser Ebene ist jedoch zu konstatieren, dass unterschiedliche rechtliche Grundlagen sowie unterschiedliche Verwaltungsstrukturen die direkte Vergleichbarkeit erschweren.

Die Verwaltungsstrukturen und die Verwaltungskultur in Spanien, respektive Santander, sind nicht bekannt. Daher ist ein direkter Vergleich von E-Government in der Beurteilung schwierig. Aus diesem Grund konzentrierte sich die Analyse auf den Zugang und die Bereitstellung von Informationen. Dazu wurde der Aufbau des Internetauftritts näher untersucht.

Die Sichtung des E-Government-Portals von Santander (santander.es) weist eine Fülle von unterschiedlichen Verfahren und Dienstleistungen auf. Diese beziehen sich auf unterschiedlichste Kategorien wie bspw. „Wirtschaft und Steuern“, „Bildung, Ausbildung und Beschäftigung“, „Jugend“, „Umwelt“, „Planung, Wohnungsbau und Infrastruktur“, „Sicherheit und Notfall“ und „Gesundheit“. Um die angebotenen Dienste näher zu untersuchen, ist in vielen Fällen der Besitz einer speziellen „Zugangs- oder Identifikations-Karte“ erforderlich.

Santander zeigt die Angebote der Verwaltung gruppiert nach Lebenslagen mit Leistungskatalogen, ermöglicht aber auch die Suche nach konkreten Leistungen. In München ist der sogenannte Dienstleistungsfinder der zentrale Einstieg zum Dienstleistungsangebot. Er stellt die Leistung in den Vordergrund und liefert Antworten auf konkrete Nachfragen. Zudem ist er die zentrale Informationsquelle für die Analyse und Indizierung durch externe Suchmaschinen (z. B. Google). Als Ergebnis der Anfragen über den Dienstleistungsfinder erhalten die Bürgerinnen und Bürger umfassende Informationen über die Verwaltungsleistung sowie Hinweise auf vorhandene Online-Dienste.

Die Online Dienste werden den Bürgern im Dienstleistungsfinder nach Schlagworten sortiert, oder über einen Themenkatalog angeboten, der einer Katalogisierung nach Lebenslagen entspricht.

Es bleibt festzuhalten, dass die grundsätzlichen Ansätze bezüglich der Zugangsmöglichkeiten und der Bereitstellung von Informationen durchaus ähnlich sind, in der Umsetzung jedoch Unterschiede aufweisen.

Ausgehend von der in München durchgeführten Online-Befragung (s. Teil A) befasst sich das eoGov-Projekt derzeit ohnehin mit der Frage, wie Angebote den Bürgerinnen

und Bürgern optimal zugänglich gemacht werden. In diesem Zuge werden die Ideen und Ansätze von Santander in die Überlegungen mit aufgenommen.

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit einzelnen Dienstleistungsangeboten war in der Kürze der Zeit nicht möglich. Das in dem Bericht genannte Thema „Meldung von Bürgeranliegen“ ist Teil der Maßnahmen der eoGov-Beschlüsse Stufe 2 und 2a („Anliegenmanagement“, s. Teil A).

### **Open-Government**

Zur Vollständigkeit der Untersuchung wird abschließend auch das Thema Open-Government betrachtet

Beide Städte bieten den Zugang zu offenen Daten über ein entsprechendes Portal, von welchem Datensätze heruntergeladen werden können. Die Anzahl aber auch Themenfelder sind dabei vergleichbar (aktueller Stand: Santander 88, München 78).

### **Fazit**

Als Resultat des Vergleichs kann München insbesondere durch die Beteiligung am EU-Projekt „Smarter Together“ der Weg zur Smart City geebnet werden. Damit werden umfassende Erfahrungen zu den Möglichkeiten aus dem Einsatz von Sensoren, den erforderlichen Investitionen und von -im Münchner Kontext- nutzbringenden Angeboten und Diensten gesammelt.

Bzgl. der Angebote zu E-Government ist der, über diese Recherche hinaus gehende, intensive Informationsaustausch mit anderen Kommunen in Deutschland, der nutzenorientierte Dialog mit den Fachbereichen bei der LHM sowie der Ausbau von Basisdiensten für E-Government in München zielführender als der Dialog im europäischen Kontext. Die Ergebnisse aus diesen Informationsaustausch fließen in die Beschlussvorlage zum „E-/Open-Government Stufe 3“ in Q3/4 2017 ein.

### **3.4. Stadtratsantrag „Open Data in München kostenfrei anbieten“ (14-20/A02586)**

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL hat mit dem Antrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 13: Open Data in München kostenfrei anbieten“ (Antragsnummer 14-20/A02586) vom 25.10.2016 die Stadtverwaltung wie folgt aufgefordert, Daten der Verwaltung auf dem Open-Data-Portal Münchens kostenfrei anzubieten:

*Alle Datensätze, die die Landeshauptstadt München in ihrem Open-Data-Portal veröffentlicht, werden grundsätzlich kostenfrei angeboten.*

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

*Die Erhebung von Daten der Landeshauptstadt München wird durch Steuergelder finanziert. Deshalb sollten sie der Bürgerschaft auch kostenfrei zur Verfügung gestellt werden (damit sie dafür nicht sozusagen zweimal bezahlt). Außerdem steht der bürokratische Aufwand, der damit verbunden ist, (meist geringe) Gebühren zu erheben und ein Bezahlssystem einzurichten in keinem Verhältnis zu dem winzigen Anteil an der*

*Refinanzierung des gesamten Systems. Hinzu kommt, dass solche System Barrieren darstellen, die etwa einem direkten Herunterladen von Datensätzen entgegenstehen. Schließlich ist mit der Nutzung von Daten (etwa zur Entwicklung nützlicher Apps) durch Zivilgesellschaft und Wirtschaft oft ein gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Nutzen verbunden.*

Das Open-Data-Portal der LHM wurde im Rahmen des E-/Open-Government Projektes Stufe 1 auf Basis der weitverbreiteten Standard-Plattform CKAN aufgebaut und ist unter „<https://www.opengov-muenchen.de/>“ erreichbar. Aktuell sind dort 78 Datensätze aus unterschiedlichsten Themenbereichen verfügbar. Mit Start des Portals am 21.02.2015 werden alle Datensätze unter der sog. „Datenlizenz Deutschland – Namensnennung – Version 2.0“ kostenfrei angeboten (siehe <https://www.opengov-muenchen.de/pages/nutzungsbedingungen>).

Derzeit sind viele Informationen mit Ortsbezug – sogenannte Geodaten – entsprechend der Gebührensatzung des Geodaten-Service als zuständige Stelle von einer Veröffentlichung auf dem Open-Data-Portal ausgenommen.

Diese Problematik wurde bereits im Stadtratsbeschluss vom 13.04.2016 „E-Government, Open-Government, Open-Data; Sachstandsbericht 2015, Ziele Open-Data und Auswertung von Studie“ (SV Nr. 14-20 / V 05510) angeführt (Seite 12).

Anfang 2017 werden einige Geodaten, die dieser Gebührensatzung des Geodaten-Service momentan nicht unterliegen, auf der Open-Data Plattform veröffentlicht:

- städtische Luftbilder mit einer Bodenauflösung von 60cm im Format Web Map Service (WMS) und als gekachelter Service, ein sog. Web Map Tile Service (WMTS)
- Amtlicher Stadtplan München (WMS und WMTS)
- Verwaltungseinheiten (Stadtbezirke, Stadtteile, Stadtviertel). Die Verwaltungseinheiten werden zur Darstellung als WMS und WMTS angeboten. Zudem wird es einen Web Feature Service (WFS) geben - ein WFS ermöglicht den Zugriff auf geographische Features, somit auf einzelne Stadtbezirke, -teile und/oder -viertel.

Hierbei spielt gerade das Bereitstellungsformat als „Web Map Service“ eine gewichtige Rolle. Eine Bereitstellung als direkt herunterladbarer Datensatz ist in dem momentan gültigen Regelwerk nicht möglich.

Im Dialog mit Fachdienststellen als Bereitsteller von interessanten Datensätzen und dem fortlaufenden Informationsaustausch mit der IT-Community, soll der Ausbau des Angebots an offenen Daten weiter erfolgen. Dieser stellt sich regelmäßig als recht zeitaufwändig dar, erfordert umfassende Regelungen und manuelle Aufbereitung der Informationen. Ein Schritt zur Vereinfachung der technischen Umsetzung wird im Aufbau des neuen Geodatenservice durch das Kommunalreferat gesehen.

**Fazit:**

Wie in Teil A berichtet, arbeitet das eoGov-Projekt konsequent an der kontinuierlichen Bereitstellung weiterer öffentlich zugänglicher Datensätze. Eine Verbesserung hinsichtlich der Veröffentlichung von Geodaten verspricht die in 2017 geplante Schnittstelle zum neuen Geodatenportal. Das Problem der gebührenpflichtigen Geodaten bleibt jedoch vorerst bestehen.

**3.5. Stadtratsantrag „München analog digital: 20 unter 20.000 Euro“ (14-20/A02717)**

Die SPD-Fraktion hat mit dem Antrag „München analog digital: 20 unter 20.000 Euro“ (Antragsnummer 14-20/A02717) vom 08.12.2016 die Stadtverwaltung wie folgt aufgefordert, die Erstellung von Apps für nützliche E-Government-Dienste durch die Auslobung von Prämien zu fördern:

*Die Stadtverwaltung vergibt für die Programmierung von bis zu 20 Apps, von denen Münchnerinnen und Münchner bei Behördengängen profitieren bzw. die solche sogar vermeiden können, Prämien in Höhe von je maximal 20.000 Euro.*

*Die Prämien sind ausschließlich für Privatpersonen, Studenten, kleine und mittelständische Unternehmen sowie Start-Ups vorzusehen.*

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

*Viele gute Ideen, um das E-Government der Landeshauptstadt München voranzubringen, sind für wenig Geld zu haben.*

*So könnte eine kleine App beispielsweise die aktuelle Nummer und die voraussichtliche Wartezeit im Bürgerbüro anzeigen. So könnte man zwischen Nummer ziehen und Pass beantragen noch schnell einen Kaffee trinken gehen oder Einkäufe erledigen.*

*Die Prämien sollen unbürokratisch an Privatpersonen, Studenten, Start-Ups, Vereine oder kleine Unternehmen gehen, die gute Ideen haben und bereit sind, ihr Know-How in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.*

„Apps“ sind Anwendungsprogramme, die auf mobilen Endgeräten, sog. Smart Phones, oder per Internet in Webbrowsern universell und plattformneutral genutzt werden können. Gerade im E-Government kommt dieser Art der Bereitstellung von Online-Angeboten eine wichtige Rolle zu. Im Rahmen des E-/Open-Government Projekts der LHM wird der Kontakt zur sog. IT-Community, also die in dem Antrag adressierte Zielgruppe, durch Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Veranstaltungen – Hackathons, Veranstaltungen des OK Labs, Open-Government-Tage – aktiv gepflegt. Beispiele wie „München transparent“ (<https://www.muenchen-transparent.de>) werden in der IT-Community von engagierten Personen erstellt und soweit möglich aus dem Projekt heraus unterstützt.

Somit stellt die Grundidee des Antrags eine zusätzliche Möglichkeit dar, Anreize für die Programmierung von innovativen Angeboten gemeinsam mit der LHM zu schaffen. Um

die Nachhaltigkeit dieser Apps sowie das Vertrauen in diese Art der Erweiterung des städtischen Dienstleistungsangebots sicherzustellen, ist eine tiefer gehende Analyse zur Vorbereitung einer derartigen Förderung erforderlich. So müssen für die Durchführung solch eines Wettbewerbs unterschiedlichste Rahmenbedingungen und Aspekte berücksichtigt werden:

Im Kontext rechtlicher Rahmenbedingungen müssen bspw. Fragen im Zusammenhang mit dem Vergaberecht, ggf. zum Vorgehen bei einer Auslobung der Prämien sowie Urheber- und Nutzungsrechte, geklärt und Verträge mit dem Urheber (Autor) geschlossen werden.

Grundsätzlich kann eine solche Förderung nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn sie „vernünftig“ aufgesetzt (d. h. konzipiert, begleitet und ausgestaltet) und von einer geeigneten Marketingkampagne flankiert wird. Die in diesem Rahmen zu adressierenden Themenstellungen sowie der Prozess selbst müssen definiert, Bewertungskriterien aufgestellt und ein Entscheidungsmechanismus festgelegt werden. Z. B. müssen die eingegangenen Apps gesichtet und entsprechend der definierten Bewertungskriterien beurteilt werden.

Apps nutzen oder erzeugen Daten, die in Verwaltungsprozessen Verwendung finden. Eine sinnvolle Bereitstellung einer App setzt damit die Verfügbarkeit von Daten (z. B. auf dem Open-Data-Portal) oder Schnittstellen zur Verwaltungs-IT voraus. Die fachliche Verantwortung für die jeweiligen Themenbereiche liegt bei den Dienststellen in den Fachreferaten. Die Beurteilung der Umsetzbarkeit kann also nur aus der Fachlichkeit kommen, sofern die Daten nicht bereits „offen“ verfügbar sind.

Im technischen Kontext muss geklärt werden, wie ein stabiler technischer Betrieb in hoher Qualität und die Einhaltung von Datensicherheit und Datenschutz als Rahmen erreicht werden. Insbesondere bei Schnittstellen in die Verwaltungs-IT muss die neue eoGov-Architektur, die in Laufe des Jahres 2017 aufgebaut und zur Verfügung gestellt wird, und in deren Rahmen die technischen Grundlagen für das zukünftige E- und Open-Government der LHM festgelegt werden, berücksichtigt werden. Darüber hinaus müssen Fragestellungen nach Wartung und Betrieb der App und Umgang mit Fehlern geklärt werden. Erfahrungen aus dem städtischen Vorschlagswesen zeigen, dass Ideen zwar relativ schnell aufzubereiten sind, die technische Realisierung in einer komplexen Infrastruktur und die praktische Einführung in die Arbeitsprozesse jedoch eigene wesentliche Aufgaben darstellen.

**Fazit:**

Der Antrag ist eine Möglichkeit, die Zusammenarbeit mit der IT-Community zu verstärken und die Entstehung interessanter, nützlicher, mobiler und webbasierter Anwendungen zu fördern. Um eine Förderung dieser Art zu konzipieren und zur Zufriedenheit aller Beteiligten, so unbürokratisch wie möglich und dennoch rechtskonform zu gestalten, ist nicht zu unterschätzender Aufwand erforderlich. Die Erarbeitung eines angemessenen Vorschlags zur Umsetzung einer solchen Förderung erfordert die detaillierte Untersuchung der oben genannten Rahmenbedingungen und

Aspekte und muss in Abstimmung mit den bereits geplanten Maßnahmen des eoGov-Projekts unter Nutzung von Synergien und im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten erfolgen.

Da die Kapazitäten des Teams für 2017 bereits ausgeplant waren, muss durch Repriorisierung die Möglichkeit zur Bearbeitung dieses Antrags geschaffen werden, ohne dass die Bearbeitung anderer Maßnahmen davon betroffen ist. Daher wird eine Bearbeitungszeit von weniger als 6 Monaten als nicht realistisch angesehen. Dementsprechend könnten die Ergebnisse der Untersuchung erst in der für das 4. Quartal 2017 geplanten Beschlussvorlage zu „E-/Open-Government Stufe 3“ vorgestellt und eine mögliche Umsetzung mit den dazu erforderlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen dargestellt werden.

#### 4. IT-Kommission

Behandlung in der IT-Kommission am: 18.01.2017

Empfehlung der IT-Kom: ja  nein

Ergänzungen und Hinweise aus der IT-Kommission:

#### Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Der Verwaltungsbeirätin der Hauptabteilung III, IT-Strategie und IT-Steuerung / IT-Controlling (STRAC), Frau Stadträtin Bettina Messinger, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## II. Antrag des Referenten

1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02575 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 02: Online-Dienste von anderen Kommunen testen und auf München übertragen“ vom 25.10.2016 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02577 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 04: „Barcamp zu E-Government in München organisieren““ vom 25.10.2016 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
4. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02583 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 10: Von der intelligentesten Stadt Europas lernen“ vom 25.10.2016 geschäftsordnungsgemäß erledigt.

5. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02586 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 13: Open Data in München kostenfrei anbieten“ vom 25.10.2016 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
6. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02717 der SPD-Fraktion „München analog digital: 20 unter 20.000 Euro“ vom 08.12.2016 aufgegriffen.
7. Dieser Beschluss unterliegt aufgrund der eigenständigen Berichtspflicht im Rahmen des E-Government und Open-Government Projektes (SV-Nr. Nr. 14-20 / V 01595) nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

### III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/in  
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter  
Oberbürgermeister

### IV. Abdruck von I. mit III. über die Stadtratsprotokolle

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an das Revisionsamt**  
z. K.

### V. Wv. - HA III-GB2

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Direktorium – GL**  
**An das Direktorium - it@M**  
**An das Baureferat – RG**  
**An das Baureferat - Münchner Stadtentwässerung**  
**An die Stadtkämmerei – GL**  
**An die Stadtkämmerei – HA II**  
**An das Kommunalreferat- GL**  
**An das Kommunalreferat - Abfallwirtschaftsbetrieb München**  
**An das Kreisverwaltungsreferat- GL**  
**An das Kulturreferat- GL**  
**An das Personal- und Organisationsreferat- GL**  
**An das Personal- und Organisationsreferat – P-3.2**  
**An das Referat für Arbeit und Wirtschaft- GL**

**An das Referat für Bildung und Sport- GL**  
**An das Referat für Gesundheit und Umwelt- S**  
**An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung- SG**  
**An das Sozialreferat- S-Z**  
**An den Gesamtpersonalrat**

z. K.

Am